

Statteiner Anzeige

Das Presseamt der Stadtverwaltung Bochum wies den Direktor des Schauspielhauses Schalla per Brief an, ab sofort keine Anzeigen mehr an die BSZ zu vergeben. Ein Vertreter des Presseamtes vor einiger Zeit zur BSZ-Redaktion (die eine An-

zeige des Planetariums haben wollte): „Warum schreiben Sie auch gegen die Uni-Verwaltung?“

Uns würden Informationen über die Stadtverwaltung interessieren.

Die Redaktion

Sozial-„fürsorge“

Kanzler Seel möchte die zweite Mensa an der Overbergstraße den Angestellten reservieren. Begründung: Die Angestellten sollen dem politisierenden Einfluß der Studenten — Flugblätter, Unterhaltungen — entzogen werden.

Leussinks

14 Thesen

Seite 3-5

Zum Thema

„Entqualifizierung“

Seite 7

Unternehmer

zur Bildung

Seite 5

Unsere Freunde - die Amerikaner -Atombomben auf Kiel?

Dem STERN (6/70) wurde von hohen US-Behörden die Echtheit von Dokumenten bestätigt, nach denen Saceur, „der seit jeher von Amerika gestellte Oberste Befehlshaber der NATO in Europa“, vor Jahren (!) für den Ernstfall genaue Zielanweisungen für Atombomber erarbeitet hat, die Ziele nicht nur in Osteuropa, sondern auch auf dem Territorium der „Verbündeten“ der USA — so auch auf dem der BRD — zu bewerten hatten (So stehen in dem Handbuch für Piloten solcher Atombomber „Nuclear Yield Requirements“ als Abwurfziele Städte wie Kiel und Flensburg).

Laut Stern dürften davon die Deutschen selbstverständlich nichts wissen, während die Sowjets davon seit Jahren bestens unterrichtet waren. (Man erinnere sich: Sowjetbotschafter Zarapkin hatte Kiesinger bereits eine Woche vor dem CSR-Einmarsch das Datum mitgeteilt.)

Graf Baudissin, nach Ansicht von US-Verteidigungsminister Helmut Schmidt „ein Mann“ (BSZ Nr. 38),

bestritt denn auch (Stern 7/70) lediglich die Aktualität solcher Pläne und versuchte, den Eindruck zu erwecken, als ob westdeutsche Ziele nur mit ausdrücklicher Genehmigung des betroffenen NATO-Bündnispartners bombardiert würden.

Die Regierung Brandt/Scheel nimmt zu einer solchen Mißachtung der Interessen des deutschen Volkes mal wieder keine Stellung.

Unmißverständlich ist jedenfalls die Drohung, daß die USA die Freiheit ihrer westdeutschen Partner (aus der Großbourgeoisie) ebenso verteidigen könnten wie ihre Partner in Südvietnam.

Während der westdeutsche Kapitalismus (gerade auch bei einer Beendigung des Vietnamkriegs und der damit verbundenen Umstellung der amerikanischen Wirtschaft von Kriegs- auf Konsumgüterproduktion) der Ostmärkte bedarf, um seinen Zusammenbruch hinauszuzögern, befürchten die USA natürlich, ihr Kompagnon und Rivale SU könnte ihnen eventuell ein Stück ihres Einflusses — auf „friedlichem“ Wege — abjagen.

Lieber Marx als Maercks!

2 500 Studenten demonstrierten Mittwoch vergangener Woche in Düsseldorf gegen das Hochschulgesetz der Kühn-Weyer-Regierung. Nieselerregten und Abwiegungsparolen der DKP-Spartakus-Ordner, die beflissen die technische Organisation des Zuges übernommen hatten, konnten die Entschlossenheit der Studenten nur kaum schmälern. So wurden denn auch revisionistische DKP-Parolen wie: „Wir wollen für den Frieden lernen...“ an vielen Stellen durch die revolutionäre Parole: „Wir wollen für den Klassenkampf lernen!“ übertönt.

Diese Demonstration bildete so leider wegen der schon sattsam bekannten revisionistischen Spalter-

den!“ abzubringen. Wie sollte es anders sein, will doch die DKP und ihr Wurmfortsatz Spartakus nicht etwa den entschlossenen und gewaltsamen Kampf gegen den Kapitalismus und für seine endgültige Beseitigung, sondern lediglich die „demokratische Erneuerung“ der Bundesrepublik. Mit der Propagierung dieser durch und durch sozialdemokratisch-reformistischen These tat sich besonders das VDS-Landesverbandsmitglied Maercks (DKP) hervor, dem dann von vielen Studenten prompt entgegengehalten wurde: „Lieber Marx als Maercks!“

Besondere Lorbeeren verdiente sich Maercks zusätzlich vor dem Thyssen-Haus. Hatten die „Spartakisten“ vorher noch lauthals gerufen: „Das Übel bei der Wurzel packen,



taktik durchaus kein Bild der Geschlossenheit. Der Widerstand gegen das Hochschulgesetz, der zunächst nur die unmittelbaren Forderungen der Studenten nach Verbesserungen ihrer Arbeitsplatzsituation an der Universität beinhalten, kann aber nur sinnvoll und erfolgreich sein, wenn seine Perspektive auf lange Sicht die Unterstützung der Arbeiterklasse, ihrer revolutionären Partei und ihrer Massenorganisationen ist. Auch das wollten die „DKP-Spartakus-Ordner“ nicht wahrhaben. Mit etlichen Störmanövern versuchten sie, revolutionäre Studenten von der Parole: „Mit der Arbeiterklasse verbün-

alle Großkonzerne knacken!“, so sollte diese Parole plötzlich nicht mehr gelten, als eine große Anzahl von Studenten friedlich in das Thyssen-Haus marschierte, um so symbolisch das Parterre des kapitalistischen Verwaltungsbunkers zu „knacken“. Plötzlich liefen alle DKP-Megaphone auf Hochtouren und beschimpften die Studenten in üblicher Weise als „Abenteurer“, „Terroristen“ und „Provokateure“. Ob dabei die geschäftlichen Beziehungen zwischen Thyssen und der SU wohl eine Rolle gespielt haben? „Mögen die Revisionisten heulen, die Bourgeoisie wird sie dafür loben!“ (Lenin).

Faillard abwählen!

Am 28. 1. haben mehr als 1000 Studenten den Rektor bei einer Vollversammlung aufgefordert zurückzutreten. Faillard hatte mehrfach versucht, den Streik der Studentenschaft zu boykottieren. Nunmehr ist in einer Dokumentation (gemeinsam herausgegeben von ASSISTENTENSCHAFT und STUDENTENSCHAFT) nachgewiesen worden, wie das Rektorat während seiner gesamten Amtszeit die Anwendung der Bochumer Verfassung im Sinne einer Demokratisierung der Universität verhindert hat. Das UP soll nun die Konsequenzen daraus ziehen. Kommt morgen, Freitag, zur UP-Sitzung in IB 03/300! Beginn: 9.00 Uhr c. t.

Erprobte Sozialwissenschaft

Ein Professor der sozialwissenschaftlichen Abteilung der RUB ist etwas Trauriges. Seine Verdoppelung in Form eines gleichgeschalteten Kollegen erfüllt bereits die Kriterien fürs Komische. Seine Verfielfachung gar, seine Erscheinungsweise als formierte Fakultät oder — so die neueste Errungenschaft — als Hochschullehrerfraktion ist nur noch ein ganz schlechter Klamauk.

Spielfeld war diesmal das satzungsgewöhnliche Organ „Abteilungsversammlung“. Seit Herbst vergangenen Jahres liegen Vorschläge der Studenten und der Assistenten vor; die Hochschullehrer waren noch mit der Gründung ihrer Fraktion beschäftigt. (In völliger Identifizierung ihrer Fraktion mit ihrem bisher gewohnten Zusammenhocken in der Fakultät tragen auch die Fraktionskontrolle den vertrauten Aufdruck „streng Vertraulich“.)

Nach erfolgter Gründung kündigte diese neue Fraktion ihrerseits einen Satzungsvorschlag an. Das mit Spannung erwartete Papier liegt nun vor: Darin wird die Abteilung mit ihren Aufgaben im wesentlichen als Angelegenheit der Hochschullehrer (möglichst noch der Habilitierten) betrachtet. Die Artikel der RUB-Verfassung sind so restriktiv wie möglich ausgelegt, und das nicht mal juristisch einwandfrei. Eine Scheinlegislative soll verdecken, daß die vorgesehene hierarchische Struktur nur Entscheidungen von oben nach unten zuläßt (Abteilungsvollversammlung).

Jeden Dienstag machen die Rote Garde und marxistische Studenten einen Bücherstand in der Mensa.

Mao Tse-tung-Werke
Revolutionärer Weg
Roter Morgen

ohne Kompetenzen/drittelparitätische Abteilungsversammlung mit einem Mini-Kontingent von Aufgaben / fünfköpfiger Abteilungsrat — drei Mitglieder müssen Hochschullehrer sein — mit Generalvollmacht / Dekan — ebenfalls Hochschullehrer — mit Sondervollmacht).

Der fünfköpfige Abteilungsrat wurde ohne beabsichtigte Ironie als drittelparitätisches Modell erläutert: 1 Habilitierter, 1 Assistent, 1 Student; die beiden gleichermaßen stimmberechtigten Hochschulleh-

Fortsetzung Seite 2

Bergbaustreiks in Belgien

Die zunehmende Internationalisierung des Kapitals in Europa bringt eine zunehmende Internationalisierung der Klassenkämpfe mit sich. Nachdem im Dezember und Januar eine heftige Streikwelle Schweden erfaßte, im vergangenen September die BRD, das ganze vergangene und neue Jahr über Italien, spielen sich jetzt in Belgien starke Streikämpfe ab. Bislang hat die westdeutsche Presse allerdings noch kein Wort darüber verloren. Wer etwas darüber erfahren will, muß schon den belgischen Rundfunk oder, besser noch: Radio Tirana hören;

80 000 Bergleute aus dem Revier von Campines sind in den Streik getreten und haben eine Welle von weiteren „wildem“ Streiks ausgelöst. Ähnlich wie in Westdeutschland wenden sich die Streiks nicht nur gegen die niedrigen Löhne und die schlechten Lebensbedingungen, sondern auch gegen das Zechenstilllegungsprogramm des belgischen Regimes, das den Zechenbaronen wieder einmal Millionenprofite verspricht. Die für Belgien wichtigen Elektrizitätswerke von Chertal werden ebenfalls bestreikt. Über die Nationalitätengrenzen hinweg bilden Wallonen und Flamen gemeinsam mit ausländischen Arbeitern Streikkomitees.

Was diesen Streiks genau so wie in Westdeutschland einen wichtigen Hauptakzent gibt, ist die Tatsache, daß die klassenverräterische Gewerkschaftsbürokratie eine entscheidende Abfuhr bekommt.

In Limbourg versuchten die Gewerkschaftsbözen zu beruhigen und abzuwehren. Sie verhandelten mit den Kapitalisten so, wie es Geschäftspartner zu tun pflegen. Die Arbeiter handelten schnell und hart und entlarvten die Manipulationen der Gewerkschaftsbözen vollständig und gründlich.

Diese Welle spontaner Streiks, die die deutschen Septemberstreiks in eine solidarische Reihe gesamteuropäischer Klassenkämpfe stellen, haben die westdeutsche Gewerkschaftsbürokratie erneut aufgeschreckt: Sie beauftragte das „Meinungsforschungsinstitut Infas mit einer Umfrage in drei großen Stahlwerken und Zechenbetrieben, um herauszufinden, ob die Septemberstreiks eine Neuaufgabe haben könnten. Die einhellige Meinung der Belegschaften: „Das könnten wir eigentlich wieder machen!“

Bereiten wir uns auf diesen Fall vor! Konkretisieren wir unsere Parole: Mit der Arbeiterklasse verbünden!

Übrigens versucht die Brandt-Scheel-Regierung, ihren belgischen Freunden mit Kohletransporten aus der Klemme zu helfen.



Der Treffpunkt für in- und ausländische Studenten
im

.PUNKT.

Bochum, Hans-Böckler-Straße 26 · Telefon 1 46 32

Täglich von 12.00 Uhr mittags bis 1.00 Uhr
nachts geöffnet / Normale Preise

Achse Bonn - Moskau?

Bundeskanzler Brandt, der sich als „Vertreter ganz Deutschlands“ aufspielen darf, hielt es in seiner Regierungserklärung nach Inthronisierung für unangebracht, die „völkerrechtliche Anerkennung (der DDR) in Betracht“ zu ziehen, da er „ein weiteres Auseinanderleben der deutschen Nation“ verhindern will.

Wenig später bemüht sich dieses neue Zügpferd der westdeutschen Monopolkapitalisten mit Erfolg, mit der SU in Gespräche über einen gegenseitigen „Verzicht auf Gewalt“ einzutreten.

Moskaus

Werben um Bonn

Selbst für routinierte Diplomaten war die schnelle Bejahung dieser Bemühungen durch die Herren Kossygin, Breschnew & Co. überraschend: schon einen Monat später (am 8. 12. 69) fand sich deren Außenminister Gromyko beim westdeutschen Botschafter Allardt ein.

Damit hatten die neuen Kremlzaren die bisher immer noch verbal behauptete Souveränität ihres Bündnispartners DDR glatt mit Füßen getreten, da sie bisher immer darauf beharrt hatten, daß die Bonner Regierung vor Verhandlungen mit der SU die DDR anzuerkennen habe.

Doch schon die Regierungserklärung Brandts, die die annexionistischen Absichten der Großen Koalition erneut zum Ausdruck brachte, wurde von den Sowjets als friedliebend bezeichnet. Der Regierungswechsel wurde gar als „großer Sieg der demokratischen Kräfte in der BRD“ bejubelt. Man beglückwünschte Brandt sogleich aufs herzlichste und brachte in der PRAWDA eine ausführliche Lebensbeschreibung, in der der Eindruck erweckt wurde, als wäre Brandt noch der Antifaschist von ehemals.

Dieser Jubel war eine Neuaufgabe des Jubels nach der Wahl des ehemaligen Direktors der Hitlersehe „Waffenschmiede“ Heine-mann zum Bundespräsidenten, dessen formale Mitgliedschaft zur „bekennenden“ Kirche nachträglich als Widerstand hochgejubelt wurde.

Solange die SU-Herren befürchteten, Schröder könne die Wahl gewinnen, erinnerte man sich daran, daß der Wahlort Westberlin eine Provokation des Bündnispartners DDR darstellte. Nach der Wahl wurde eifrig vergessen, daß man eigentlich schärfste Maßnahmen hatte ergreifen wollen. (Statt dessen legte man sich damals mit den Chinesen am Ussuri an, um seine Satelliten im Warschauer Pakt zu einer Scheinsolidarität gegen die angebliche Achse Bonn-Peking zu zwingen. Selbst Springers BILD spielte dieses Spielchen mit.)

Mittlerweile dürfen sogar Wehrdienstpflichtige aus Westberlin in die BRD verschleppt werden, ohne daß mehr als ein lahmer Protest aus Moskau zu hören war. Westberlin war in ihren Vorstellungen keine entmilitarisierte freie Stadt mehr, sondern befand sich nur mehr in einem Sonderstatus, was

den von den Westmächten geschaffenen Realitäten entspricht.

Großaufträge für BRD Monopole

Aktiv unterstützt wurde die Brandt-Scheel-Regierung durch die feste Zusage, ab 1972 für 20 Jahre jährlich 3 Mrd. m³ Erdgas in die BRD zu liefern. Für den Bau der Leitungen, die von Sibirien nach Westdeutschland — selbstredend nicht durch die DDR — sondern durch die CSR — führen sollen, vergab die SU einen der größten Aufträge, die sie je an ein kapitalistisches Land vergeben hat, an Thyssen (1,2 Mio t hochwertige Stahlrohre für ca. 2,7 Mrd. DM).

Um diese Lieferungen begleichen zu können, nahm die sowjetische Außenhandelsbank bei einem westdeutschen Bankenkonsortium einen Kredit über 1 Mrd. DM auf.

Auch Hoesch, im September noch von Streiks geschüttelt, bemüht sich erfolgreich um einen Großauftrag.

Wie die britische Zeitung „The Guardian“ schreibt, beabsichtigt die Brandt - Scheel - Regierung, „durch Verhandlungen mit Moskau sich einen Weg zu einer friedlichen Lösung der Europafrage einschließlich der Wiedervereinigung Deutschlands zu bahnen“.

20 Jahre hatten die SU-Revisionisten warten müssen, bis die westdeutsche Monopolbourgeoisie auf den Trichter kam, daß die SPD wegen ihrer Verwechslung mit einer sozialistischen Partei durch die Bevölkerung ihre Interessen besser vertreten kann als die CDU/CSU, die wegen ihrer reaktionären Haltung die Zeichen der Zeit, d. h. die Erfordernisse des Monopolkapitalismus, nicht zu sehen vermochte. Jahrelang hatten die westdeutschen Sozialdemokraten vergeblich bei den Kapitalisten antichambriert, ehe diese durch die Entwicklung der interimperalistischen Widersprüche sich bereitfanden, zu erkennen, daß die Sozialdemokraten für sie das zukunftsweisende Programm bieten, nämlich die Öffnung der osteuropäischen Märkte.

Verrat an der DDR

Die äußerst entgegenkommende Haltung Moskaus (und neuerdings auch Warschaws, das nur mehr die ON-Grenze durch Bonn „garantiert“ sehen möchte) ist für die DDR eine eindeutige Warnung; wie die SU-Imperialisten mit ihren Partnern umspringen, hat zur Genüge das Beispiel des CSR-Einmarsches gezeigt. Beschritt den Kremlzaren die CSR in der Dubcek-Zeit zu schnell den Weg des Kapitalismus, so daß sie ihrer Kontrolle zu entgleiten drohte, so könnten Kossygin, Breschnew & Co. ihren bisher noch verhältnismäßig bockigen Lakaien in Ostberlin „nahelegen“, um ein weiteres Auseinanderleben der deutschen Nation zu verhindern, sprich: den Handelspartner in Bonn nicht ungeduldig werden zu lassen, doch gefälligst schneller zu machen mit der Öffnung zum Kapitalismus.

Fortsetzung Seite 5

Studentenschaft -international

Libanon

Seit einiger Zeit ist die libanesischen Szenarien von schwerwiegenden Ereignissen beherrscht: auf der einen Seite finden ständig israelische Angriffe statt, wo die palästinensische Befreiungsfront das Recht durchgesetzt hat, Auf der anderen Seite die Streikwelle, die seit fast 2 Monaten ununterbrochen eskaliert. Der Streik der Schüler, Lehrer und Studenten geht über gewerkschaftliche Forderungen weit hinaus, da die beteiligten Gruppen die Bildungspolitik des Staates insgesamt in Frage stellen, da nach ihrer Ansicht die Bildungsinstitutionen der gesamten Bevölkerung zugänglich zu sein haben.



Der Staat hat infolge seiner „Rationalisierungsmaßnahmen“ eine Reihe von Schritten unternommen, angefangen mit den Mittelschulen bis hin zu den Universitäten, die einen abgeschlossenen Plan erkennen lassen.

Die Zahl der Gymnasien, die für die Schüler schon jetzt nicht hinreicht, wurde verringert. Schüler, die ein Gymnasium besuchen wollen, sind von höherer Berufsausbildung ausgeschlossen, oder sie müssen ihr Abitur an einem Privatschulsystem machen. Da der größte Teil der Bevölkerung nicht in der Lage ist, die höheren Kosten der amerikanischen, französischen und sonstigen Privatschulen zu bezahlen, wird die höhere Ausbildung damit zu einem Privileg der Reichen, das Bildungssystem damit zu einem stabilisierenden Faktor der reaktionären Klassenherrschaft.

Die Lage lässt sich wie folgt umschreiben: der private Ausbildungsbereich wird von religiösen reaktionären Ideologien beherrscht, der staatliche Sektor verfügt nicht über die geringsten Voraussetzungen für ein modernes Bildungssystem.

Die niedrigen Gehälter der staatlichen Lehrer waren der Anlaß für den Streik der Lehrer. Zwischen Staat und Lehrern besteht ein krasses Ausbeutungsverhältnis. Die Gehälter stehen in keinem Verhältnis zu den raschen anwachsenden Verteuerungen der Lebensmittel, Mieten etc., so daß die Lehrer zu den unterprivilegierten Lohnabhängigen gehören.

Der Streik der Studenten wurde aus folgenden Gründen geführt.

1. Die Zahl der staatlichen Stipendiaten am Kolleg für Lehrerausbildung wurde drastisch

verringert, die Studenten wurden auf zwei andere Kollegs verteilt: diese Maßnahme bedeutete eine Auflösung des Lehrerausbildungs-Kollegs.

2. Die Studenten, die anerkannte Abschlüsse haben, dürfen ihr Jurastudium am Kolleg für politische Wissenschaften nicht mehr fortsetzen.

3. Verlängerung des Jurastudiums um 2 Jahre gemäß den Vorschlägen der Anwaltsgewerkschaft.

Diese Politik der Regierung drückt dasselbe Verhältnis aus wie die Gymnasialpolitik, nämlich das Feld den ausländischen Universitäten zu überlassen.

Die ausländischen Universitäten haben eine lange Geschichte und waren und sind besonders im Libanon Institutionen des westlichen Kulturimperialismus, des Verrats am Volk und Stützpunkte des Imperialismus.

Der Streik der Schüler, Studenten und Lehrer entstand spontan und fiel zeitlich zusammen. Analysen waren daher noch nicht vorhanden, die den Streikverlauf hätten bestimmen können.

Zeitweise waren die Ereignisse sehr explosiv, besonders, als die Studenten an den ausländischen Universitäten sich mit ihren streikenden Kommilitonen solidarisierten. Mehrere verbotene Demonstrationen führten zu schweren Zusammenstößen mit der Polizei, wobei zahlreiche Studenten festgenommen wurden.



Der Streik drückt eigentlich die Schwäche der Studentenbewegung im Libanon aus. Zwar existiert schon lange eine linke Gruppe, doch konnte sie bisher nicht Herr der Situation werden und die studentischen Forderungen kristallisieren, so daß es zu einer qualitativen Veränderung im Bewußtsein der Studenten gekommen wäre.

Die Regierung hat versucht, die Forderungen der Studenten zu verharmlosen, indem sie die Studenten als Wirrköpfe und Anarchisten hinstellte. Die KP Libanons hat eine zwiespältige Rolle in den Streiks gespielt, ihre Kritik an den Studenten näherte sich oftmals der Verunglimpfung seitens der Regierung.

Der Libanon, eine „Musterdemokratie“ westlicher Prägung, ist völlig durcheinandergebracht. Die ehemalige Scheinharmonie ist zerstört. Das Dreieck: Geschäfte-Korruption-Prostitution wird bald zerschlagen sein, der Libanon nicht mehr ein Hort der Konterrevolutionären Aktivitäten und Bordell für die Soldaten und Matrosen der 6. amerikanischen Flotte sein.

Presseerklärung der FPDLP zu einer demokratischen Lösung des palästinensischen und israelischen Problems

Die Presseerklärung, die in verkürzter Form auch in „Le Monde“ vom 27. 1. 1970 nachzulesen ist, wurde von einem Redaktionsmitglied aus „Al Horia“ („Die Freiheit“), Organ der FPDLP, übersetzt, das in Beirut erscheint.

Dank der Haltung der israelischen Reaktion und des amerikanischen Imperialismus wird die Krise im mittleren Osten zunehmend schwieriger und unübersichtlicher, weil beide darauf bestehen, die Früchte des Juni-Krieges 1967 zu ernten. Ihre Absichten liegen in:

- der Anerkennung des Staates Israel innerhalb gesicherter Grenzen, die über die Grenzen vor Juni 1967 auf Kosten des palästinensischen Volkes und der benachbarten arabischen Länder hinausgehen;
- der Liquidierung der arabischen nationalen Befreiungsbewegung und der Wiederherstellung der klassischen politischen Landkarte des mittleren Ostens gemäß den Interessen der US-Imperialisten insbesondere und des Zionismus und der arabischen Reaktionäre im allgemeinen. Die Kriege von 1948, 1956 und 1967 haben diese Absichten zur Gänze verdeutlicht.

Obgleich die herrschende Klasse Israels die Resolution des Welt-Sicherheitsrats vom 22. 9. 1967 ablehnt hat, konnte der unvoreingenommene Beobachter bereits bemerken, daß diese Ablehnung nicht total und absolut war, sondern deren Annahme mit neuen expansiven Gewinnen und direkten politischen Verhandlungen mit den arabischen Regimes (Rhodosen-Modell) verbunden war. Obgleich die USA der Resolution verbal zustimmen, gehen sie praktisch mit der israelischen Haltung konform.

Hierzu seien die Bestrebungen der USA erwähnt, die Regimes der nationalen Bourgeoisie in dieser Region zu beenden um den Plan zu verwirklichen, die nationale arabische Befreiungsbewegung zu zerschlagen.

Da die Resolution des Welt-Sicherheitsrates ein zweischneidiges Schwert ist, — Abzug der israelischen Truppen aus den besetzten Gebieten für die Anerkennung der Realität, die dem palästinensischen Volk zugefügt wurde, und gesicherte Grenzen für den Staat Israel — hat die palästinensische Widerstandsbewegung diese Resolution strikt abgelehnt. Diese Ablehnung unterscheidet sich von der zionistischen Ablehnung absolut: die Ausführung der Resolution würde unmittelbar folgende Konsequenzen haben:

- die Vertreibung und Beraubung der nationalen Rechte des palästinensischen Volkes zu bestätigen und zu untermauern;

- die endgültige Zerschlagung des palästinensischen Widerstandes zwecks Sicherung des Staates Israel;

- die Erhaltung eines expansiven Staates, der insbesondere mit dem amerikanischen Imperialismus durch die gemeinsamen Interessen verbunden ist, womit Israel für sie ein Organ der Eroberung und Niederwerfung der Befreiungsbewegung im Mittleren Osten bleibt.

Die palästinensische Widerstandsbewegung sieht daher die Resolution des Welt-Sicherheitsrats als reaktionäre und imperialistische Lösung an, sowohl für das palästinensische als auch für das israelische Problem. Die palästinensische Widerstandsbewegung befindet sich dadurch im Widerspruch zu den meisten arabischen Regimes, die die Resolution annehmen oder die sie ablehnen und praktisch damit einverstanden sind, wie Saudi-Arabien.

Was ist dann die Lösung?

Der palästinensische Widerstand bietet eine demokratische Lösung an. Diese Lösung erfordert einen langfristigen ideologischen, politischen und bewaffneten Kampf, damit sie in der täglichen politischen Auseinandersetzung Inhalt und Gestalt gewinnt und bekräftigt. Die demokratische Lösung lehnt alle chauvinistischen Lösungen (arabische und israelische), die bis zum 5. 9. 1967 bestanden, ab. (Groß-Israel vom Euphrat bis zum Nil oder Ins-Meer-Werfen der Juden usw.)

Diese Lösung verwirft die Resolution des Welt-Sicherheitsrats und kämpft für das Recht des palästinensischen Volkes auf Selbstbestimmung in seiner Heimat, die ihm durch das nationalistische, zionistische, imperialistische Komplott 1948 geraubt wurde. Sie tritt ein für den Aufbau eines volksdemokratischen Staates in Palästina, worin Araber und Juden die gleichen Rechte und Pflichten haben.

Die Frage der Staatsverfassung ist nicht so wichtig. (Einheitsstaat oder Föderalstaat wie Jugoslawien oder CSR). Wichtig ist vielmehr der soziale Inhalt, der Klassencharakter eines solchen Staates.

Die demokratische Volksfront zur Befreiung Palästinas (FPDLP) hat deswegen der sechsten Palästinensischen Nationalversammlung, die in Kairo vom 1. bis 6. 9. 1969 tagte, und den palästinensischen und arabischen Massen gleichzeitig den

„Plan zur demokratischen Lösung des palästinensischen und israelischen Problems“ vorgelegt. Es ist klar, daß diese Lösung nur durch einen langfristigen ideologischen und bewaffneten Kampf möglich sein wird. Dieser Kampf muß untermauert werden durch den gemeinsamen Kampf aller fortschrittlichen demokratischen Kräfte in dieser Region und insbesondere in den Reihen der palästinensischen Widerstandsbewegung, der israelischen Gesellschaft und der fortschrittlichen Juden.

Die FPDLP hat mit ihrer demokratischen Lösung alle fortschrittlichen Israelis und Juden aufgefordert, sich einer palästinensischen bewaffneten Volksfront anzuschließen, um die Lösung im täglichen Kampf zu praktizieren. Die israelischen Bürger werden sich der demokratischen Lösung umso eher anschließen, je mehr sich die fortschrittlichen Kräfte in den Reihen des palästinensischen Widerstandes verstärken.

Die israelische Reaktion kann nicht ewig die israelische Gesellschaft beherrschen. Die zionistische, reaktionäre Kultur befindet sich unaufhaltsam im Rückzug, je mehr sich die fortschrittlichen Kräfte in der nationalen palästinensischen und arabischen Befreiungsbewegung sammeln.

Auf diesem progressiven Weg fordert die FPDLP, die Diskussion mit den israelischen Organisationen, die eine antizionistische und antiimperialistische Haltung einnehmen, zu eröffnen (Matzpen und Rakah), auch wenn sie noch nicht zu einer entschiedenen progressiven Haltung und tiefgreifenden Analyse des Palästina-Problems gelangt sind.

Die FPDLP hat in ihrem Organ „Freiheit“ (Beirut) mehrere Analysen veröffentlicht und darauf hingewiesen, daß diese Organisationen sich von der Haltung des linken Zionismus (Mapam) und der israelischen Reaktion deutlich unterscheiden.

Die grundlegende demokratische Lösung der Palästinafrage ist ein sehr kompliziertes und langfristiges Problem, insbesondere in einer Region, wo die reaktionären Regimes, die mit dem internationalen Imperialismus verbunden sind, eine reaktionäre Kultur verbreiten (Marx: „Die herrschenden Ideen sind die Ideen der herrschenden Klasse“).

In dieser Region befindet sich ein rassistischer zionistischer Staat, der sowohl eigene Interessen verfolgt (chauvinistische Eroberung) als auch mit dem internationalen Imperialismus organisch verbunden ist.

Die Kultur, die er verbreitet, ist eine rassistische, zionistische Kultur, und dieser Staat spielt in dieser Region eine doppelte Rolle: abgesehen davon, daß seine Gründung auf der Tatsache beruht, daß ein Volk vertrieben wurde (Marx: „Ein Volk, das ein anderes Volk unterdrückt, kann kein freies Volk sein“).

In unserem Land wie überall in den unterentwickelten Ländern kann der Sieg über die konterrevolutionären Kräfte nur mit der Erzwungung der demokratischen Lösungen, der Selbstbestimmung der Völker über ihr Schicksal in ihrem eigenen Land — durch den Weg, den das vietnamesische Volk gewiesen hat, errungen werden. Der vietnamesische Weg ist der Weg des gerechten Volksbefreiungskrieges. In diesem Krieg siegen die unterentwickelten Völker über einen technologisch überlegenen Feind.

Die palästinensische Widerstandsbewegung hat sich für diesen Weg entschieden, weil nur dadurch Imperialismus, Zionismus und arabische Reaktion besiegt werden können. Mit dem klassischen Krieg kann sie den technologisch überlegenen Feind nicht besiegen. Obwohl die palästinensische Widerstandsbewegung sich in einer Strukturkrise befindet, wird der linke Teil des Widerstandes während seines bewaffneten Kampfes gegen Imperialismus, Zionismus und arabische Reaktion einen ideologischen und politischen Kampf führen, um den Widerstand in einer fortschrittlichen und demokratischen Richtung zu entwickeln. Der vietnamesische täglich wachsende Sieg ist das konsequente Ergebnis eines Volkskrieges unter der Führung einer Vereinten Front, worin die Kommunisten die zentrale Führung in Befreiung und demokratischer Revolution ausüben.

Zwar ist die palästinensisch-israelische Frage äußerst kompliziert, dennoch verfolgt die Widerstandsbewegung hartnäckig ihren Weg, die Trennwände der bestehenden Regimes zu durchbrechen. Ihre Ablehnung der reaktionären Lösungen ist bereits in der Lage, neue Wege zur Befreiung des Volkes im mittleren Osten einzuschlagen. Wenn die herrschenden Kräfte aus globalstrategischen Überlegungen die reaktionären Lösungen erzwingen und den palästinensischen Widerstand, der sie ablehnt, zerschlagen, hat die Widerstandsbewegung schon Leistungen erzielt, indem sie die Wurzeln für eine nationale demokratische Revolution in der Region gesetzt hat.

Die Bewegung der Geschichte geht immer vorwärts, und wenn einmal die Konterrevolution sie einen Schritt zurück zwingt, so sind die Vorbereitungen zu zwei Schritten vorwärts bereits getan...

Erprobte Sozialwissenschaft Von Münchs „progressive“ Rolle

(Fortsetzung von S. 1)
rer, Dekan und Prodekan, sind stillschweigend subsumiert als Wahrer des Gemeininteresses.

Dem absurden Strukturmodell entspricht ein absurdes Wissenschaftsverständnis. In § 1 werden die Aufgaben der Abteilung abgehandelt, gegliedert in A, B und C, wobei C aus der Systematik herausfällt. A umfaßt alle organisatorischen Fragen der Abteilungsstruktur und die „Organisation von Forschungsobjekten der ausgebildeten Wissenschaftler“. Übergetitelt ist dieser Abschnitt mit dem Begriff der „Wissenschaft als solcher“. B ist dem gegenübergestellt mit Fragen der Organisation von Studium und Lehre, bzw. von „wissenschaftlichen Initiativen innerhalb der Ausbildung“, worin die Umschreibung der Forschung von nicht ausgebildeten Wissenschaftlern vermutet werden darf. Den Erläuterungen der Professorenfraktion war dann zu entnehmen, daß es sich hierbei um den Komplex von „Wissenschaft als dieser“ handele. Man könne sagen: die Wissenschaft in ihrer gesellschaftlichen Organisation im Gegensatz zur Wissenschaft als solcher.

Konkret ging's aber um einen Versuch angewandter Sozialwissenschaft. Als dieser.

Die Studentenfraktion ging auf den Hochschullehrer-Entwurf ein. Unter engagierter Teilnahme einiger Assistenten wurden Detailfragen diskutiert. Im Verlauf der mehr als zweistündigen Diskussion stellte sich eine lang vergessene Harmonie unter allen ein; besonders die Hochstimmung in der Hochschullehrerfraktion.

Zum Schluß der Debatte stellten die Studenten den Antrag, zustim-

men den vorliegenden Entwurf zu verabschieden; allerdings unter der Bedingung, daß der vorgesehene Selbstverwaltungsstudent endgültig zu streichen sei.

Sehr betretenes Schweigen der anderen.

Nicht allein der Entwurf hat den völligen Realitätsverlust und die ahistorische Existenz und Denkweise dieser gelehrten Herren dokumentiert. Ihre erbärmliche Unfähigkeit, eine zweieinhalbstündige Diskussion angemessen zu begreifen, wirkte illustrierend. Nachdem sie ihrer Sprache wieder mächtig waren, erfolgte ihr Gegenargument zu unserem Vorschlag: Aber das geht nicht, ohne studentische Beteiligung, das widerspricht doch der Verfassung.

Kein inhaltliches Kriterium, kein Versuch einer Verteidigung studentischer Mitbestimmung. Der Ansatz, professorale Ahistorizität ad absurdum zu führen, wurde von den Professoren selbst übernommen und zu seinem brillanten Ende gebracht.

Wir werden die von den Professoren provozierten Konflikte annehmen und in eine konsequente Strategie überführen. Zunächst haben wir unsere Minimalforderungen in vier Hauptpunkten zusammengefaßt:

- Halbparität
- Öffentlichkeit
- studentische Arbeitsgruppen mit der Kompetenz, prüfungsrelevante Scheine auszustellen.
- Abteilungsvollversammlung mit Beschluß- und Vetokompetenz

Das Verwirklichen dieser Forderungen wird im Sommersemester einen der Ansätze ergeben für unseren Kampf gegen die Durchsetzung des Hochschulgesetzes an der sozialwissenschaftlichen Abteilung.

Wir schaffen es die Profs heutzutage, progressiv zu scheinen, auch wenn sie aus tiefstem Herzen reaktionär sind? Sie erreichen dies sehr einfach dadurch, daß sie sich als progressiv angesehene Vertreter wählen, — die dann allerdings in entscheidenden Situationen im Stich gelassen werden. — Am Beispiel einiger Vorfälle in der Abt. Rechtswissenschaft soll aufgezeigt werden, welche Gesinnung man hinter solch „progressiven“ Profs finden kann.

Um ein progressives Aushängeschild vorweisen zu können, wurde bei der Dekanswahl in der Abt. VI der fortschrittlichste Prof der Abteilung zum Dekan gewählt, — der nun jedoch in Entscheidungssituationen nicht auf die Unterstützung auch nur eines Kollegen rechnen kann. Zuvor hatten die Hochschullehrer eine drittelparitätische Wahl des Dekans abgelehnt. Sie wollten sich ihren Dekan alleine kühlen. Ohne Personaldebatte gaben sie ihre Stimmen geschlossen Herrn von Münch. — Zwar ist v. Münch nur der Dekan der Hochschullehrer, denn die Studenten und Assistenten haben bei dem „demokratischen“ Wahlgang auf ihre 2 Stimmen verzichtet, aber was hindert es, die Profs stehen geschlossen hinter v. Münch. Dieser darf schalten und walten, wie er will, er darf sich voll in der ganzen Palette der Verwaltung ausleben, hier hat er die volle Unterstützung. Sollte er nach diesem papierernen Verwaltungskram seine Frustrationsschwellen nicht erreicht haben, wird er vielleicht versuchen, seine liberalen Studienreformvorstellungen zu entwickeln. Wie schnell die Reaktionäre sich dann gegen ihn stellen werden, kann schon heute abgesehen werden. Die Studentenvertreter erklärten, daß durch diese Wahl der neue Dekan zwischen den Fronten der reaktionären Profs und der Studenten zerrieben werden soll. Sie bedauerten, daß von Münch die Stimmen allein der Hochschullehrer der Abteilung für ausreichend

als Legitimation zur Vertretung der gesamten Abteilung hält.

Das Demokratieverständnis der Profs zeigt sich in der Äußerung des Herrn Warda („hauptberuflich“ als Nebenvertreider der Firma Grünenthal beim Conterganprozeß tätig), bei der letzten Dekanwahl wären die Stimmen der Assistenten- und Studentenvertreter (je 2) für den Fall nicht mitgezählt worden, daß sie das Gesamtergebnis entscheidend beeinflusst hätten.

Ein progressives Mäntelchen reicht den Profs der Abt. VI nicht: Ihr UP-Mitglied — der Technokrat Lutter (Rektor in spe?) — hatte die Kontrolle von Forschungsvorhaben (Stellungnahme des UP zu § 3 HSchG-Entwurf vgl. „Bericht“ Nr. 15) befürwortet. Die anderen Hochschullehrer hingegen lehnten dies ab. Begründung: Lutter sei ja gar nicht ihr Vertreter; was ihr UP-Mitglied dort mache, interessiere sie nicht. Sie haben ihn zwar hingeschickt, nicht aber um durch ihn ihre Meinung zu artikulieren, sondern um durch ihn die Gruppe der Profs aufzufüllen.

Die Illusion, die Abteilungssatzungen würden von den Abteilungsversammlungen verabschiedet, ist hoffentlich in allen Abteilungen verschwunden. Die Profs blockieren die Verhandlungen und warten auf Ablauf der Frist, nach der die Satzung vom UP in ihrem Sinne angefertigt wird. Bei den Juristen sieht dies Spielchen so aus: Nach drei frustrierenden Sitzungen ohne Ergebnis brauchte man ein Erfolgs-erlebnis. Es wurde gegen die Stimmen der Profs beschlossen, daß alle Mitglieder nicht mehr kraft Amtes im Repräsentativorgan (Abteilungs-rat) vertreten sein sollen, sondern durch die Abteilungsvollversammlung gewählt werden müssen. Der Schock dieser Abstimmung war so groß, daß die Profs nun Kraft und Zeit sammeln müssen, um solche Beschlüsse zu verhindern. Die nächste Abteilungsversammlung wurde auf den 22. April vertagt; — drei Monate verstreichen, ohne daß etwas getan wird.

Wenn die Profs die Satzungen blockieren, setzen wir unsere Interessen mit anderen Mitteln durch. Sammelt Kraft für den heißen Sommer, in der Abt. VII!

wh + ee

Das Rennen um die letzten Plätze hat begonnen!

Jetzt heißt es spürten, wenn's für den Winterurlaub noch klappen soll

Garmisch	708 m / Wetterstein
Nandern	1400 m / Österreich
Gossensass	2900 m / Südtirol
Andalo	2125 m / Brenta-Gruppe
Sennes	2120 m / Dolomiten

Studenten-Reisedienst Bochum

Ruhr-Universität, Baracke 8
Telefon: 51 1457 und 399 3980



was trinken wir?
**Schultheiss
Bier**

SCHULTHEISS-BRAUEREI AG, BERLIN, BOCHUM

INSTITUT FÜR KONTAKTLINSEN

Kleinstlinen
angenehm zu tragen
unsichtbar · unzerbrechlich

BRILLEN **Hagemann** SÜDRING 20

asta-info

- zur Ausbildungspolitik in der BRD -

Leussinks 14 Thesen für ein Hochschulrahmengesetz: 14x LENKUNG DER WISSENSCHAFT IM INTERESSE DES KAPITALS

In der Vorbereitung und Durchführung des aktiven Streiks vom 26. 1. bis 30. 1. gegen das NRW-HSG sind die wesentlichen Züge der technokratischen Hochschulreform, wie sie sich in diesem HSG zeigen, analysiert worden. Zumal die Vorstellungen des Planungsbeirates des KUMI weisen ein differenziertes Instrumentarium zur Studienlenkung und zur inhaltlichen Formierung des Studiums auf, das integraler Bestandteil der Politik der herrschenden Klasse ist. Wissenschaft funktionsfähig für die profitträchtigen Verwertungsinteressen der Großkonzerne zu machen. D. h.:

1. Die Universitäten produzieren noch mehr Wissen, das im Produktionsprozeß angewandt werden kann. (Wissenschaft als unmittelbare Produktivkraft)
2. Die Universitäten produzieren noch effektiver im Produktionsprozeß lästige Wissenschaftler (z. B. Ingenieure).
3. Die Universitäten stellen Herrschaftswissen zur politischen und ideologischen Aufrechterhaltung des kapitalistischen Gesellschaftssystems her (z. B. Jura).
4. Die Universitäten bilden die Träger dieses Herrschaftswissens aus (z. B. Lehrer, WiWis).

Wissenschaft und ihre Träger werden also zu Knechten nicht mehr wissenschaftlich überprüfbarer Interessen degeneriert, ohne die Anwendung der Ergebnisse ihrer Arbeit selbst bestimmen zu können. Die 14 Thesen zu einem Hochschulrahmengesetz, die jetzt vom Bundesbildungsminister Leussink vorgelegt wurden, sind nichts anderes als der endgültige Versuch, alle progressiven Hochschulreformansätze zu stoppen, die Schwierigkeiten der Länder mit ihren Hochschulgesetzen zu beseitigen, um dagegen die Zentralisierungstendenzen auf Bundesebene zu verstärken, die es erst ermöglichen, die Hochschulen über alle Länderunterschiede hinweg zentral und damit effektiver in den Griff zu bekommen. Zwar muß dafür wieder einmal das Grundgesetz geändert werden, aber das geschieht sehr rasch (s. NS-Gesetze): wenn die Monopole pfeifen, tanzen die Regierungsbürokraten. Offensichtlich haben die NRW-Kulturschranzen und die Planungsbeiratsprofessoren (Schelsky, Heckhausen und Co.) gute Vorarbeit geleistet: Alle wesentlichen Punkte sind verwertet worden, darüber hinaus sind alle die Kompetenzen, dem Bund zugeschustert worden, die die zentrale Lenkung des Hochschulbaus, der Zulassungsbeschränkungen, der Studiendauer, der Studieninhalte und -ziele durch Studien- und Prüfungsordnungen, des Haushaltswesens usw. ermöglichen. Daß der Wissenschaftsrat (die wichtigsten Monopolvertreter sitzen in ihm) als „zentrale Schaltstelle“ beibehalten wird, ist der deutlichste Beweis dafür, wohin diese „Hochschulreform“ geht: direkt in die Greifarme des Großkapitals. Unser einwöchiger Streik ist demnach also zu recht als Warnstreik bezeichnet worden: Unser Kampf gegen diese Ausbildungspolitik steht erst am Anfang: Leussink und seine Sozialtechnokraten werden unseren Widerstand zu spüren bekommen, auch wenn Leussink uns mit doppelzüngigen Phrasen wie „Forschung und Lehre in den Hochschulen sind frei. Die Angehörigen und Organe der Hochschulen sind gehalten, diese Freiheit in Verantwortung gegenüber der Gesellschaft auf der Grundlage der verfassungsmäßigen Ordnung zu nutzen und zu wahren“ (These 2) zu ködern versucht. Unser Kampf gegen solche Ordnung geht weiter.

Thesen des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft zur Vorbereitung von Informationsgesprächen über den Entwurf eines Hochschulrahmengesetzes (Januar 1970).

These 1: Geltungsbereich; Übergangsvorschriften

1. Das Gesetz gilt für Hochschulen, die nach bisherigem Recht wissenschaftliche Hochschulen, pädagogische Hochschulen, Hochschulen für Kunst, Musik und Sport und Fachhochschulen sind.
2. Das Landesrecht und das Hochschulgesetz muß für die bei Inkrafttreten dieses Gesetzes bestehenden Fachhochschulen binnen vier Jahren nach dem Inkrafttreten, für alle übrigen Hochschulen binnen zwei Jahren nach dem Inkrafttreten dem Gesetz angepaßt werden.
3. Bei der Errichtung von Hochschulen nach dem Inkrafttreten des Gesetzes sind die Vorschriften dieses Gesetzes zu beachten, auch soweit das Landesrecht ihnen noch nicht entspricht.
4. Die Länder können Einrichtungen, die nicht von den Ländern getragen werden, als Hochschulen anerkennen, wenn ihre Aufgaben denen der staatlichen Hochschulen entsprechen und ihre Struktur die Wahrnehmung dieser Aufgaben gewährleistet.^{*)} In diesem Fall gelten die Bestimmungen des Gesetzes sinngemäß, soweit sie nicht an den staatlichen Charakter der Hochschulen gebunden sind.

^{*) Anmerkung:} Hinsichtlich der Beteiligung der übrigen Länder und des Bundes siehe These 4.

5. Die Länder können innerhalb von zwei Jahren nach Inkrafttreten des Gesetzes bestimmen, daß bereits bestehende Hochschulen, die nach Satz 1 in den Geltungsbereich des

Gesetzes fallen, nicht in den Geltungsbereich einbezogen werden. Für diese Einrichtungen darf die Bezeichnung „Hochschule“ nicht mehr Bestandteil des Namens sein.

Zu These 1: Die Dringlichkeit, ein solches Rahmengesetz für die Bundesrepublik verbindlich zu machen, drückt sich in der kurzen „Anpassungszeit“ aus. Punkt 4: Mit diesen Privatinfinanzierten Forschungsinstituten gemeint, also z. B. Stifteruniversitäten, wie die von Krupp in Essen geplante, die dann einen Teil der Studenten direkt für den Produktionsbetrieb ausbilden, oder Forschungsinstitute, die unmittelbar in einen Konzern eingegliedert sind (Forschungsabteilung eines Betriebes).

These 2: Aufgaben der Hochschulen

1. Hochschulen und ihre Einrichtungen dienen der Lehre und Ausbildung sowie je nach ihrer satzungsgemäßen Zweckbestimmung der Forschung, der Pflege von Kunst, Musik und Sport sowie der Heranbildung des Hochschullehrernachwuchses.
2. Forschung und Lehre in den Hochschulen sind frei. Die Angehörigen und Organe der Hochschulen sind gehalten, diese Freiheit in Verantwortung gegenüber der Gesellschaft auf der Grundlage der verfassungsmäßigen Ordnung zu nutzen und zu wahren.

Forschung und Lehre haben im Rahmen der Aufgaben der Hochschule gleichen Rang.



3. Die Forschung dient der Verneinerung der Erkenntnis und zugleich der Heranbildung des Nachwuchses für Forschung und Lehre. Die Studenten nehmen an der Forschung nach Maßgabe des Inhalts und Ziels ihres Studiums in differenzierter Weise teil.
4. Lehre und Ausbildung dienen der Vorbereitung auf Berufe und Tätigkeitsbereiche und der Entwicklung der Fähigkeit der Studenten zu selbständigem, kritischem Denken und zur Übernahme von Verantwortung in Gesellschaft und Staat.

5. Die Hochschulen dienen ferner der Fort- und Weiterbildung und beteiligen sich durch Veranstaltungen auch außerhalb der Hochschule an der allgemeinen Erwachsenenbildung.

6. Die Hochschulen fördern im ständigen Zusammenwirken mit den Ländern und dem Bund die Hochschulreform, insbesondere durch Entwicklung und Erprobung von neuen Modellversuchen für neue Ausbildungsgänge, Unterrichtsprogramme, Lehr- und Studienpläne.

7. Die Hochschulen nehmen sich der sozialen Belange der Studenten an.

8. Die Hochschulen treffen im Einvernehmen mit den zuständigen Stellen des Bundes und der Länder die zur Organisation der internationalen, insbesondere europäischen Zusammenarbeit in ihrem Bereich erforderlichen Maßnahmen, namentlich zur Förderung der Freizügigkeit durch gegenseitige Anerkennung von Hochschulprüfungen und Hochschulgraden.

9. Die Aufgaben der Hochschulen oder ihrer Einrichtungen werden vom Land nach Maßgabe der Bestimmungen des Hochschulrahmengesetzes bestimmt und in der Hochschulsatzung näher beschrieben.

Zu These 2: Punkt 1: Schon hier fällt auf, daß Lehre und Forschung nebeneinander gesehen werden und somit auch getrennt werden können, wie es sich in der Formulierung „je nach ihrer satzungsmäßigen Zweckbestimmung“ andeutet, d. h. offenbar, daß es auch eine „satzungsgemäße Zweckbestimmung“ sein kann, die Forschung ganz aus-

zuklammern. Über diese Tendenz, Forschung und Lehre aufzuspalten, täuscht auch nicht der schöne Satz unter Punkt 2 hinweg: „Forschung und Lehre haben ... gleichen Rang“. Punkt 3: Hier wird deutlich ausgesprochen, was aus dieser Trennung folgt: Die Studenten nehmen nicht grundsätzlich auch an der Forschung teil, sondern nur nach „Maßgabe des Inhalts und Ziels ihres Studiums“. Punkt 4: Hier fällt Forschung ganz heraus: Dienen nur Lehre und Ausbildung „der Vorbereitung auf Berufe und Tätigkeitsbereiche“? Das Gerede von dem „selbständigen, kritischen Denken“ ist angesichts der totalen Verplanung des Studiums reiner Zynismus. Punkt 6: Ein scheinbares Zugeständnis, das wohl die angebliche Offenheit des Rahmengesetzes beweisen soll: Wie bisher solche Hochschulreformen aussahen bzw. wie sie „berücksichtigt“ wurden, lassen keinen Zweifel über die wahren Absichten der Bundesplaner: was hier „Zusammenwirken“ heißt, bedeutet nichts anderes als das Diktat von oben. Punkt 7: Dieser zunächst unscheinbare Satz hat es in sich: Nicht mehr eine autonome Studentenschaft regelt die sozialen Belange, sondern die „Hochschulen nehmen sich ... an“. Das bedeutet nichts anderes als eine Verknüpfung des Leistungszwangs und des Anspruchs nach gutem Verhalten mit dem Angebot von sozialen Vergünstigungen, die die Hochschulen vergeben oder auch nicht.

Punkt 9: Hier ist wieder angedeutet, daß die „satzungsmäßige Zweckbestimmung“ von Hochschule zu Hochschule verschieden sein kann, dementsprechend sind dann die Studenten gezwungen, sich den vorgegebenen Aufgaben der jeweiligen Hochschule zu unterwerfen.

These 3: Zusammenwirken der Hochschulen

1. Zur wirksameren Erfüllung ihrer Aufgaben, insbesondere im Interesse einer differenzierten Verbindung von Forschung und Lehre, sollen die Hochschulen in organi-

satorischen Formen zusammenarbeiten, die im einzelnen u. a. von der Größenordnung, der räumlichen Entfernung und den Aufgaben abhängig sind. Die Zusammenarbeit dient vor allem folgenden Zwecken: a) Übergänge zwischen verschiedenen Studiengängen mit dem Ziel, flexiblere Ausbildungsmöglichkeiten zu schaffen, b) die Studienberatung nachhaltig zu verbessern, c) Lehr- und Forschungsprogramme gemeinsam zu entwickeln, durchzuführen oder zu koordinieren sowie Schwerpunkte in Lehre und Forschung zu bilden, d) Stellungnahmen und Vorschläge zu Fragen der Reform des Studien- und Prüfungswesens, der Hochschulstruktur und zu allgemeinen Hochschulpolitischen Fragen zu erarbeiten, e) ihre Entwicklung gemeinsam zu planen, f) wissenschaftliche und administrative Einrichtungen gemeinsam zu nutzen, g) eine Tätigkeit des wissenschaftlichen, technischen und sonstigen Personals unabhängig von der formalen Zuordnung im gesamten Hochschulbereich zu ermöglichen.

2. Zu diesem Zweck werden gemeinsame Organe gebildet (kooperative Gesamthochschule) oder Hochschulen zu organisatorischen Einheiten zusammengeschlossen (integrierte Gesamthochschule).

Zu These 3: Punkt 1: Wieder eine neue Formulierung, die die faktische Trennung von Forschung und Lehre verschleiern soll: „Differenzierte Verbindung von Forschung und Lehre.“ Was hier alles „zur wirksamen Erfüllung“ der Aufgaben der Hochschule vorgeschlagen wird, klingt in der Tat sehr rational: Zu begreifen ist es aber als Ausdruck der Notwendigkeit, durch Kostensenkung die relativ kostspieligen Volluniversitäten am jeweiligen Ort zu ungünstigen einer qualifizierten, umfassenden Ausbildung der Studenten durch arbeitsteilig organisierte Universitätsteilbereiche zu ersetzen. Das macht es z. B. unmöglich, über den jeweiligen Studienplan hinaus an

Übungen in anderen Abteilungen teilzunehmen, weil diese ganz einfach nicht mehr am Ort sind! (Das trifft vor allem auf den Neubau von Universitäten zu, aber auch auf die privaten Forschungsinstitute.) Dadurch läßt sich dann auch „die Studienberatung nachhaltig verbessern“: Zentral aufgestellte Studiengänge und Stoffpläne reglementieren genauestens den Studienablauf. Insofern klingt es auch wie Hohn, wenn in Punkt 2 das Konzept der „integrierten Gesamthochschule“ interpretiert wird als Zusammenschluß von Hochschulen zu organisatorischen Einheiten. Die integrierte Gesamthochschule in ihrer Intention durchaus progressiv, weil die Möglichkeit gebend, sich in einem Verbund von durchlässigen, unreglementierten Studiengängen sein Studium an einem Ort zu absolvieren, war gerade die Konzeption eines Mannes wie des Berliner Schulsenators Evers, der einmal im Gespräch für den Bundesforschungsminister war, aber zugunsten des Krupp-Vertrauten Leussink fallengelassen wurde.

These 4: Errichtung neuer Hochschulen

Vor der Errichtung einer neuen Hochschule, der Umwandlung oder Eingliederung einer bestehenden Hochschule in eine Hochschule anderer Zweckbestimmung oder der Anerkennung einer privaten Hochschule ist die Stellungnahme einer zentralen Stelle^{*)} einzuholen.

Anmerkungen:
^{*)} In Betracht kommt der Planungsausschuß nach dem Hochschulbauförderungsgesetz in Zusammenarbeit mit dem Wissenschaftsrat.
^{**)} Die Errichtung und Einordnung verwaltungsinterner Fachhochschulen ist noch zu prüfen.

Zu These 4: Auch hier ist wieder die Rede von der „Zweckbestimmung“ der Hochschule und der „privaten Hochschule“. Koordinierendes Organ zur Strukturbestimmung dieser Hochschulen, d. h. zur Abstimmung mit den Bedürfnissen der Wirtschaft, soll der Planungsausschuß nach dem Hochschulbauförderungsgesetz in Zusammenarbeit mit dem Wissenschaftsrat sein, d. h. die Vertreter des Kapitals, die den entscheidenden Teil des WR ausmachen, bestimmen nach ihrem Gutdünken.

These 5: Hochschulplanung

Vorbemerkung: Diese These geht von der am 1. Januar 1970 geltenden Fassung des Artikels 91 a GG und des Hochschulbauförderungsgesetzes aus. Wird die gemeinsame Planung und Finanzierung auf alle Hochschularten, auf die sich diese Thesen beziehen, ausgedehnt, so ist These 5 entsprechend zu ändern bzw. weitgehend entbehrlich.

1. Jede Hochschule stellt unter Berücksichtigung der jeweils gültigen Fassung des Rahmenplans (s. Ziff. 3) und des Hochschulgesamtplans (s. Ziff. 2) einen Hochschulentwicklungsplan auf und schreibt ihn jährlich fort. Der Hochschulentwicklungsplan auf und schreibt Laufzeit der mittelfristigen Finanzplanung die Vorstellungen der Hochschule über ihre Entwicklung und über die von ihr für erforderlich gehaltenen personellen und sachlichen und finanziellen Mittel sowie Investitionsmaßnahmen.
2. Jedes Land stellt gemeinsam mit den Hochschulen unter Berücksichtigung der jeweils gültigen Fassung des Rahmenplans (s. Ziff. 3) und der Planungsvorstellungen der Hochschulen einen Hochschulgesamtplan auf.

Fortsetzung Seite 4

Entreißt die

(Fortsetzung von S. 3)

3. Der Bund stellt gemeinsam mit den Ländern einen Rahmenplan für die Entwicklung des Hochschulwesens auf. Der Rahmenplan im Sinne des Hochschulbauförderungsgesetzes ist Bestandteil dieses Rahmenplans. Der Rahmenplan hat vor allem sicherzustellen, — daß die Hochschulplanung in die allgemeine Bildungsplanung eingeordnet ist, — daß ein Angebot an Studienplätzen gesichert wird, das der zu erwartenden Gesamtnachfrage nach Studienplätzen und dem künftigen Bedarf an Hochschulabsolventen entspricht, — daß eine ausreichende Zahl von Studienplätzen für ausländische Studenten bereitgestellt wird, — daß die Hochschulplanung mit der Finanzplanung abgestimmt und die Gesichtspunkte der Raumordnung und regionalen Entwicklung berücksichtigt werden, — daß die Gesamtleistungen für den Ausbau des Hochschulwesens zwischen den Ländern angemessen verteilt sind, — daß die Entwicklung von überregional abgestimmten Forschungs- und Lehrschwerpunkten gefördert wird. Bei der Aufstellung des Rahmenplans ist von den Planungsstellen der Länder auszugehen, die sie am 1. Februar jeden Jahres dem Bund mitteilen; die Empfehlungen des Wissenschaftsrates sind zu berücksichtigen.

4. Der Rahmenplan und der Hochschulgesamtplan gliedern sich in Angaben über den gegenwärtigen Stand der Hochschulentwicklung, die angestrebten quantitativen und strukturellen Ziele sowie die zur Realisierung dieser Ziele erforderlichen Maßnahmen und Mittel. Sie sind mittelfristig für die Laufzeit der mehrjährigen Finanzplanung und langfristig für zehn Jahre aufzustellen und jährlich fortzuschreiben.

5. Die Hochschulen sind personell so auszustatten, daß ihnen die eigene Planung und die Mitwirkung an der Planung des Landes möglich ist.

Anmerkungen: Zwischen dem Hochschulentwicklungsplan, dem Hochschulgesamtplan und dem Rahmenplan entwickelt sich eine Wechselwirkung, die im einzelnen gesetzlich nicht zu fixieren ist. Über Zusammenhang von Haushalt und Planung vgl. These 6 VI.

Im übrigen ist ein Bildungsstatistikgesetz geplant, das auch Bestimmungen über die Verbesserung der Datenerhebung für die Hochschulplanung enthalten wird.

Zu These 5: Punkt 3: Der Bund (gemeinsam mit den Ländern) ist die entscheidende Instanz für die Aufstellung von Rahmenplänen zur Entwicklung des Hochschulwesens. Dadurch ist gewährleistet, daß auf lange Sicht die Hochschulen fest im Griff der Wirtschaft bleiben: So ist „die Hochschulplanung in die allgemeine Bildungsplanung eingeordnet“, d. h. die gesamte Ausbildungspolitik (also auch Lehrlingsausbildung und Schulwesen) bildet ein System der Indoktrinierung im Sinne des auf der Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft beruhenden kapitalistischen Systems.

These 6: Verwaltung, Haushaltswesen

I. Verwaltung

1. Die Hochschule verwaltet im Rahmen der Gesetze unter staatlicher Aufsicht ihre Angelegenheiten einschließlich der Personal- und Wirtschaftsverwaltung selbst.

2. Die staatliche Aufsicht beschränkt sich in der Regel auf die Prüfung der Rechtmäßigkeit; sie erstreckt sich auf die Prüfung der Zweckmäßigkeit, um die Durchführung der Hochschulgesamtpläne, die Erfüllung von Verpflichtungen des Landes gegenüber dem Bund und gegenüber anderen Ländern und die Einheitlichkeit, soweit sie im Hochschulwesen geboten ist, sicherzustellen.

3. Gegenüber Hochschulen, die ihre Personal- und Wirtschaftsverwaltung bisher nicht als eigene Angelegenheit führten, kann in diesen Bereichen für eine Übergangszeit eine Fachaufsicht bestehen bleiben.

II. Leitung der Hochschule

1. Jede Hochschule muß einen hauptamtlichen Leiter oder ein Leitungsgremium mit mindestens einem hauptamtlichen Mitglied haben.

2. Der hauptamtliche Leiter (das hauptamtliche Mitglied des Leitungsgremiums) wird für mindestens fünf Jahre von den zuständigen Hochschulorganen auf Zeit gewählt und vom Land bestätigt.

3. Die Leitung der Hochschule ist einem zentralen Kollegialorgan der Hochschule verantwortlich.

III. Zentrale Kollegialorgane

1. Zentralen Kollegialorganen der Hochschule sind insbesondere folgende Aufgaben zuzuweisen: — die Beschlußfassung über Satzung, Haushaltsvoranschlag und Hochschulentwicklungsplan — die Koordination von Forschungs- und Lehrprogrammen und die Bestimmung von Schwerpunkten in Forschung und Lehre — die Entscheidung über Zuweisung von zentralen Mitteln — die Entscheidung über die Bildung von dauernden Forschungs-

einrichtungen außerhalb der Fachbereiche

— die Beschlußfassung über die Grundsätze für die Anstellung der Professoren

— die Entscheidung über Zulassungsbeschränkungen (s. These 9)

— die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses

— die Wahl des hauptamtlichen Leiters der Hochschule bzw. der hauptamtlichen Mitglieder des Leitungsgremiums.

2. Die Aufgaben können zentralen Kollegialorganen unterschiedlicher Zusammensetzung zugewiesen werden.

3. Die Kollegialorgane können Aufgaben unter Wahrung ihrer Verantwortung delegieren.

IV. Fachbereiche

1. Die Hochschule gliedert sich in Selbstverwaltungseinheiten mit kollegialer Verfassung. Je nach Art und Umfang der zu erfüllenden

Produktivkraft

Aufgaben werden geeignete Fachgebiete zusammengefaßt (Fachbereiche).

2. Über die Bildung, Änderung und Auflösung von Fachbereichen beschließen die Hochschulen nach Maßgabe des Hochschulgesamtplanes des Landes.

3. Die Fachbereiche sind insbesondere zuständig für — die Konkretisierung der Studien- und Prüfungsziele anhand von Studienordnungen*) — die Aufstellung und Durchführung des Lehr- oder Studienplanes (Mindestlehrangebot) für jeden Studiengang — die Organisation der Studienberatung — die Ausrichtung des Lehrangebots an den Erkenntnissen der Didaktikforschung — die Aufstellung eines mittelfristigen Planes über den personellen und finanziellen Bedarf des Fachbereiches als Grundlage des Hochschulentwicklungsplanes — die Verfügung über die dem Fachbereich zugewiesenen personellen, finanziellen und sachlichen Mittel.

Anmerkung: Die Fachbereiche sollen sich überregional um Rahmenordnungen bemühen, die auch die Möglichkeit zum Experiment und die kontinuierliche Fortentwicklung sicherstellen müssen.

4. Der Fachbereich ist zuständig für die Koordination der mit Mitteln des Fachbereichs finanzierten Forschung. Die Angehörigen des Fachbereichs sind verpflichtet, ihm die aus Mitteln Dritter finanzierten Forschungsvorhaben mitzuteilen.

V. Forschungseinrichtungen

1. Dauernde Forschungseinrichtungen sind in der Regel in einem Fachbereich integriert; die für ihren Betrieb notwendigen Haushaltsmittel werden für den Fachbereich ausgewiesen und von diesem bewirtschaftet.

2. Aus Gründen der Struktur, der Größe oder der interdisziplinären Aufgabe können dauernde Forschungseinrichtungen außerhalb von Fachbereichen von der Hochschule mit Zustimmung des Landes errichtet werden. Sie müssen eine kollegiale Verfassung haben.

VI. Haushaltswesen

1. Der Haushalt der Hochschule ist Teil des Landeshaushalts. Bei seiner Aufstellung sollen die durch das Haushaltsgrundsatzgesetz eröffneten Möglichkeiten für die Übertragbarkeit und die Deckungsfähigkeit der Ausgaben unter Berücksichtigung der besonderen Erfordernisse des Hochschulwesens weitgehend genutzt werden.

Anmerkung: Satz 2 gilt nicht hinsichtlich der für den Ausbau und Neubau vorgesehenen Mittel, sofern sie überhaupt im Hochschulhaushalt veranschlagt werden.

2. Die Hochschule stellt unter Berücksichtigung des Hochschulgesamtplans den Haushaltsvoranschlag auf. Sie gibt für die einzelnen Fachrichtungen die Ausbildungskapazität an. Dabei ist entweder von den Vorstellungen der Hochschule auszugehen oder vom Hochschulgesamtplan, soweit er bereits verbindlich ist und Kapazitätsangaben für die einzelnen Hochschulen und Fachrichtungen enthält. Die Hochschule weist die für die Sicherstellung dieser Ausbildungskapazität nach ihrer Auffassung erforderlichen zusätzlichen personellen und sachlichen Mittel gesondert aus.

3. Die Landesregierung leitet dem Parlament den unveränderten Voranschlag der Hochschule als Anlage zum Entwurf des Landeshaushalts zu. Das Parlament gibt der Hochschule Gelegenheit zur Stellungnahme, soweit es von ihren Vorstellungen über die Ausbildungskapazität abweichen will.

4. Mit der Verabschiedung des Landeshaushalts durch das Parlament werden die für das Haushaltsjahr zugrundegelegten Zahlen über die Ausbildungskapazität verbindlich. Sie werden bei der Fortschreibung

des Hochschulgesamtplans berücksichtigt; sie sind Unterlagen für die Empfehlungen des Wissenschaftsrates und die Entscheidungen von Bund und Ländern bei der Aufstellung des Rahmenplans.

5. Nach Verabschiedung des Landeshaushalts führt die Hochschule den sie betreffenden Teil (= Haushalt der Hochschule) in eigener Verantwortung aus.

Ad These 6: Punkt 1, 2: Dieser Punkt macht am deutlichsten, was staatliche Aufsicht faktisch bedeutet: „Prüfung der Zweckmäßigkeit“, „Einheitlichkeit“. Die wissenschaftsfremde Kontrolle ist perfekt. Das korrespondiert eindeutig mit dem, wie Staatssekretär Lübke auf eine unserer Streikforderungen reagiert hat: Die Forderung nach Selbstbestimmung über die Anwendung wissenschaftlicher Ergebnisse beantwortete er: „Das Problem, in welcher Weise die Ergebnisse ausgewertet werden, ist nicht Sache der Universität. Sie wäre damit überfordert. Allein die Bundesregierung kann über die Verwendung entscheiden.“ (NRZ-Interview vom 7. 2. 70) Punkt II: Für die Durchsetzung der staatsmonopolistischen Interessen wäre ein dauernder Wechsel der Universitätsspitze nicht

Produktivkraft

effektiv genug. Ein hauptamtlicher Leiter gewährleistet — zumal wenn er „eine Persönlichkeit des öffentlichen Lebens ist“ — besser die Kontinuität in der Zusammenarbeit mit der Industrie.

Punkt III — VI: Die Organe der Hochschule müssen alles im Zusammenwirken mit dem Bund regeln. Die Finanzautonomie der Hochschule ist faktisch abgeschafft, da aufgrund des Hochschulgesamtplans der Universität Schwerpunkte vorgezogen werden können, der sie sich unterwerfen müssen. D. h., nicht die Hochschulen selbst bestimmen über die Prioritäten ihrer Lehr- und Forschungstätigkeit nach wissenschaftlichen Kriterien, sondern Gremien wie der Wissenschaftsrat.

These 7: Mitwirkung

1. Die Hochschulangehörigen*) sind nach Maßgabe des Landesrechts

Wissenschaft

und der Hochschulsatzungen berechtigt und verpflichtet, sich an der Selbstverwaltung der Hochschule zu beteiligen. Für die Mitwirkung notwendige Einrichtungen oder Mittel sind von der Hochschule zur Verfügung zu stellen.

Anmerkung: Hochschulangehörige sind alle Bediensteten an der Hochschule und die Studenten; Landesrecht oder Hochschulsatzung können weiteren Personen Mitwirkungsrechte einräumen.

2. Die Beteiligung besteht in vorheriger Anhörung, in beratender oder stimmberechtigter Mitwirkung oder in einem Widerspruchsrecht gegen getroffene Entscheidungen mit der Wirkung einer nochmaligen Behandlung in dem gleichen oder einem anderen Gremium.

3. Art und Umfang der Beteiligung richten sich nach den Aufgaben der einzelnen Organe und Gremien, nach der Art der zu treffenden Entscheidungen und nach den Aufgaben der einzelnen Personengruppen innerhalb der Hochschule.

4. Die Hochschulangehörigen wählen ihre Vertreter in die Gremien nach Gruppen und Fachbereichen.

5. Die Mitwirkung einer Gruppe setzt voraus, daß 10 Prozent ihrer wahlberechtigten Angehörigen an der Wahl ihrer Vertreter teilgenommen haben. Landesgesetz oder Hochschulsatzung können vorsehen, daß sich die Zahl der von der Gruppe zu stellenden Sitze verringert, wenn weniger als 60 Prozent der Wahlberechtigten an der Wahl teilgenommen haben.

6. Gruppen von Hochschulangehörigen sind von den sie betreffenden Entscheidungen umgehend zu unterrichten.

7. In Hochschulorganen kann bei Beschlüssen über Fragen der Forschung, die nicht nur ein einzelnes Vorhaben betreffen, die stimmberechtigte Beteiligung auf diejenigen beschränkt werden, die an Forschungsvorhaben selbständig arbeiten.

8. Entscheidungen über Einzelfragen eines Forschungsvorhabens treffen diejenigen, die das Forschungsvorhaben verantwortlich durchführen, auch soweit sie nicht Angehörige der Hochschule sind.

Zu These 7: Punkt 3: Diese Art von differenzierter Mitbestimmung widerspricht allen Demokratisierungsbestrebungen seitens der Studenten, Assistenten und Bediensteten: Gerade die Mitbestimmung aller Gruppen in allen Angelegenheiten ist unabdingbare Forderung für eine demokratische Universität.

Punkt 5: Zu diesem Zynismus kein Kommentar. Punkt 7 u. 8: Auch hier wird einer essentiellen Forderung der Studenten und Assistenten ins

Gesicht geschlagen (s. o. zu These 6, Lübke). Dem Interesse der Industrie kommt man wieder einmal entgegen: Auch Nicht-Angehörige der Hochschule treffen Entscheidungen über ein Forschungsvorhaben.

These 8: Studentenvertretung

1. Zur Wahrnehmung allgemeiner hochschulpolitischer, sozialer und kultureller Belange der Studenten sowie zur Pflege der internationalen studentischen Beziehungen und zur Förderung des Studentensports wird von der Studentenschaft eine allgemeine Studentenvertretung gebildet.

2. Zur Wahrnehmung fachlicher Belange der Studenten werden Fachschaften gebildet. Der Fachschaft gehören die Studenten eines oder mehrerer Fachbereiche an.

Ad These 8: Das Recht auf eine Studentenvertretung wird uns zwar zugestanden (wohl weil man hier auf besonders großen Widerstand gestoßen wäre), aber es wird wohlweislich nichts über den Rechtscharakter dieser Vertretung gesagt. Es kann auch ein nur freiwilliger Zusammenschluß sein, der eine wirkliche studentische Interessenpolitik verhindert. Gleichzeitig wird durch den der Studentenschaft zugewiesenen Aufgabenkatalog ein politisches Mandat ausgeschlossen.

These 9: Zugang zu den Hochschulen

1. Wer ein Studium an einer Hochschule aufnehmen will, hat eine ihn zur gewählten Studienrichtung befähigte Vorbildung nachzuweisen.

Anmerkung: Die Frage, ob in einzelnen Fachrichtungen, z. B. Architektur, Eignungsprüfungen stattfinden sollen, ist zu prüfen.

2. Die Hochschulen können für einzelne Studienrichtungen und Studienabschnitte die Zahl der aufzunehmenden Studenten begrenzen, wenn die für einen geordneten Lehrbetrieb vorhandene Ausbildungskapazität überschritten wird. Diese Feststellung ist mit Angabe der Berechnungsgrundlage zu begründen. Die Berechnung soll auf Grund bundeseinheitlicher Maßstäbe erfolgen, die auch die Erfordernisse der Forschung berücksichtigen. Die zuständige oberste Landesbehörde ist in das Verfahren einzuschalten.

Die Beschränkung bedarf der Genehmigung des Kultusministeriums. Sie gilt jeweils für ein Studienjahr und nur in dem Studienabschnitt, für den der Engpaß besteht.

Wissenschaft

3. Für die Auswahl unter den Bewerbern sind ausschließlich folgende durch Tests*) und Interviews zu objektivierende Kriterien anzuwenden: — schulische Leistungen, soweit sie für den gewählten Studiengang relevant sind

— Wartezeit infolge vergeblicher Bewerbung oder Ableistung des Wehr- oder Ersatzdienstes; bei Wartezeit infolge Wehr- oder Ersatzdienstes darf aus einer zwischenzeitlichen Verschärfung der Zulassungsanforderungen den Bewerbern kein Nachteil erwachsen — besondere soziale Härte für den Bewerber durch verzögerten Studienbeginn.

Anmerkung: *) Die Anwendung von Tests setzt voraus, daß sie zum Wirksamwerden der Bestimmung erprobte Tests zur Verfügung stehen.

4. Aufgrund der in Nr. 3 genannten Kriterien wird die für die Zulassung maßgebende Rangfolge jedes

den Klauen

Bewerbers ermittelt (Platzziffer). Bei gleicher Rangfolge haben Bewerber mit einer Wartezeit infolge von Wehr- oder Ersatzdienst den Vorrang.

Anmerkung: Mit den Hochschulen ist zu klären, unter welchen Bedingungen Studienbewerber, die kurz nach Beginn des Semesters oder Studienjahres vom Wehr- oder Ersatzdienst entlassen werden, noch zugelassen werden können.

5. Bei Ablehnung ist der Bewerber über die Zahl der vorhandenen Studienplätze, die Zahl der zugelassenen Bewerber sowie seinen Platz in der Rangfolge und über die Grundlagen der Bewertung zu unterrichten.

6. Bestehen für eine Studienrichtung in der Mehrzahl der Hochschulen Zulassungsbeschränkungen aufgrund des Verfahrens gemäß Ziff. 2, so hat eine zentrale Stelle*) dafür Sorge zu tragen, daß die vorhandenen Studienplätze ausgenutzt werden und das Bewerbungsverfahren vereinfacht wird.

Anmerkung: *) In Betracht kommt für diese Aufgabe eine aus der Zentralen Registrierstelle in Hamburg zu entwickelnde Stelle.

Zu These 9: Punkt 1: Es gibt differenzierte Vorbildungsarten, die über den Zugang zum Studium entscheiden. Etwa Trennung in ein Abitur erster und zweiter Klasse

oder bestimmte Eignungsprüfungen, die nichts als ein Lenkungsinstrument sind, wie jetzt schon die Zwischenprüfungen. Punkt 3: Die an sich schon diskriminierende Tatsache, daß es überhaupt solche Auswahl gibt, wird verschärft durch die Auswahl nach schulischen Leistungen, die nur in ganz geringer Korrelation zum späteren Studien-erfolg stehen. Erreicht wird damit, daß nur die Schüler zugelassen werden, die eh schon Bildungsvorteile aufgrund des Herkommens besitzen.

These 10: Studienordnungen; Fernstudium

1. Studien- und Prüfungsordnungen sind daraufhin anzulegen, daß das Studium einschließlich fachübergreifender Lehrangebote im allgemeinen in 3 Jahren zu einem ersten berufsbefähigenden Abschluß führt; je nach der Eigenart des Faches kann die Studienordnung eine Dauer bis zu 5 Jahren vorsehen; eine in das Studium einbezogene praktische Tätigkeit bleibt hierbei unberücksichtigt. Das fort- und weiterbildende Studium wird in eigenen Studienordnungen geregelt.

2. Bei der Gestaltung des Studienganges kann von einem vertikal gestuften Aufbau zugunsten anderer Formen (z. B. „Studieneinheiten“) abgewichen werden.

3. Für den Studienablauf ist in der Regel ein Jahreszyklus vorzusehen. 4 Teile des Studiums können im Wege des Fernstudiums durchgeführt werden. Der Bund, die Länder und die Hochschulen fördern seine Entwicklung im Hochschulbereich. Die am Fernstudium teilnehmenden Studenten sind an der Hochschule immatrikuliert.

5. Soweit Hochschulen entsprechend These 3 zusammenwirken und ihre Studiengänge inhaltlich aufeinander abgestimmt haben, wird der freie Übergang zwischen vergleichbaren oder verwandten Fachrichtungen eröffnet. Im übrigen regeln die Studienordnungen die Anrechnung von vorausgegangenem Studienzeiten und Studienleistungen; diese sind anzurechnen, soweit sie für das Fortsetzungsstudium förderlich sind.

6. Studienordnungen und Prüfungsordnungen und damit das Studienziel sind den Studenten bei Beginn des Studiums, Änderungen umgehend bekanntzumachen.

7. Die Hochschulen unterstützen die Durchführung des Studiums durch eine ständige und intensive studienbegleitende Beratung.

Zu These 10: Drei Jahre Studium = drei Studienjahre = drei Jahre Pauken! Resultat: Fachidiot!*)

These 11: Prüfungsordnungen

1. Prüfungen sollen das Erreichen der Studienziele, insbesondere wissenschaftliches Niveau und Methodenkenntnis feststellen; sie bewerten die erbrachten Leistungen gesondert.

2. In dafür geeigneten Studiengängen sind Zwischenprüfungen oder gleichartige Leistungsnachweise einzuführen.

Anmerkung: Hierzu gehört auch ein „Credit-System“.

3. Bei Zwischen- und Abschlußprüfungen sind auch Ergebnisse studienbegleitender Leistungsfeststellungen zu berücksichtigen.

4. Prüfungen, die das Studium oder einen Studienabschnitt abschließen, müssen mindestens vorsehen, daß a) schriftliches Versagen durch eine mündliche Prüfung wettgemacht werden kann

b) die Prüfung von einer Mehrzahl von Prüfern abgenommen wird

c) die Grundlagen der Beurteilung mitgeteilt werden

d) die Hochschulöffentlichkeit besteht und nur auf Wunsch des Kan-

didaten ausgeschlossen werden kann.

Zu These 11: Zur Funktion solcher Zwischenprüfungen ist genug gesagt worden. Es ist dann auch nicht verwunderlich, daß studienbegleitende Leistungsfeststellungen zu berücksichtigen sind.

These 12: Reform des Studiums

1. Die Studiengänge werden periodisch daraufhin überprüft, ob die Studienziele und -inhalte mit den Entwicklungen in Wissenschaft und Berufspraxis in Einklang stehen. Soweit dies zweckmäßig ist, können alternative Studiengänge entwickelt werden. Den Änderungen der Studienordnungen sind die Prüfungsordnungen anzupassen.

2. Bund und Länder fördern diese ständige Reform durch Vereinbarungen.

Zu These 12: Anpassung an die Entwicklungen in Wissenschaft und Berufspraxis wird hier als „Reform des Studiums“ ausgegeben.

***) Punkt 4: Fernstudium heißt nach den derzeitigen Planungen vor allen Dingen: Fernsehstudium. Geplant ist, jeweils das Grundstudium als Fernsehstudium abzuwickeln. Die Studienprogramme werden zentral entwickelt. Das bedeutet: Die Kontrolle und Kritik der Studenten über die ihnen vermittelten Wissenschaftsinhalte wird organisatorisch unmöglich gemacht. Der Student wird vereinzelt vor den Bildschirmen indoktriniert.**

These 13: Personalstruktur

1. Zum wissenschaftlichen Personal gehören:

1. die Professoren,
2. die Assistenzprofessoren,
3. die wissenschaftlichen Beamten und Angestellten.

II. Dienstrechtliche Stellung

1. Die Professoren sind a) Beamte auf Lebenszeit, b) Beamte auf Zeit für die Dauer von mindestens sechs Jahren (Regelzeit) oder c) Angestellte auf Zeit

Anmerkung: Das Institut der Emeritierung ist nicht mehr erforderlich, wenn alle Bezüge, wie vorgesehen vgl. V 1), ruhegehaltstfähig werden. Die Hochschulsatzung kann vorsehen, daß die wegen Erreichung der Altersgrenze pensionierten Professoren noch Aufgaben in der Hochschule wahrnehmen können.

2. Die Assistenzprofessoren sind Beamte auf Zeit für die Dauer von sechs Jahren; sie können beim Ausscheiden wegen Zeitablaufs eine Übergangsvergütung erhalten.

II. Einstellungs Voraussetzungen*)

1. für Assistenzprofessoren: ein abgeschlossenes Hochschulstudium, pädagogische Eignung und Erfahrungen sowie die nachgewiesene Befähigung zu selbständiger wissenschaftlicher Arbeit (in der Regel Promotion) oder besondere fachspezifische Leistungen in der Praxis;

2. für Professoren: a) wie bei Assistenzprofessoren und zusätzliche Leistungen in Lehre, Forschung oder Praxis oder b) hervorragende fachspezifische Leistungen in der Praxis und pädagogische Eignung und Erfahrungen.

***) Anmerkung:** Bestimmungen, die die Einstellung von Ausländern erschweren, sind zu überprüfen.

IV. Aufgaben

1. Professoren und Assistenzprofessoren haben die Aufgabe, selbständig zu lehren und das Recht, nach Maßgabe der satzungsmäßigen Zweckbestimmung der Hochschule selbständig zu forschen; sie haben an Prüfungen mitzuwirken und sich an der Selbstverwaltung einschließlich der Verwaltung der wissenschaftlichen Einrichtungen zu beteiligen. Sie haben im Rahmen der für ihr Dienstverhältnis geltenden Vorschriften und Vereinbarungen die für die Lehre maßgebenden Beschlüsse (insbesondere die Lehr- und Studienpläne) der Selbstverwaltungsorgane zu verwirklichen. Mit Zustimmung des Fachbereichs können sie sich vorwiegend der Lehre oder der Forschung widmen. Ein Professor oder Assistenzprofessor, der sich für befristete Zeit vorwiegend der Forschung widmet, kann verpflichtet werden, als Ausgleich in einem späteren Zeitraum entsprechend mehr Lehrveranstaltungen abzuhalten. Zu den Aufgaben der Professoren und Assistenzprofessoren im medizinischen Bereich gehört auch die Krankenbehandlung.^{*)}

***) Anmerkung:** Besondere Regelungen für die Aufgaben in der Krankenversorgung müssen noch erörtert werden.

2. Die Professoren und Assistenzprofessoren haben bei der Erfüllung ihrer Aufgaben die gleichen Rechte und Pflichten; bei der Aufgabenverteilung ist jedoch zu berücksichtigen, daß Assistenzprofessoren weitere Qualifikationen erwerben sollen.

3. Die wissenschaftlichen Beamten und Angestellten*) ergänzen und unterstützen die Arbeit der Professoren und Assistenzprofessoren auf bestimmten Gebieten, insbesondere durch Übernahme von Lehrfunktionen, inhaltlich begrenzter Forschungsfunktionen, Betreuung wissenschaftlicher Sammlungen und Geräte sowie sonstiger wissenschaftlicher Dienstleistungen. Sie können als Leiter zentraler Einrichtungen eingesetzt werden.

***) Anmerkung:** Auch ein großer Teil der derzeitigen wissenschaftlichen Assistenten, die eine Facharztausbildung anstreben, wird unter diese Kategorie fallen.

4. Selbständige Lehraufgaben können Lehrbeauftragten (hauptamtlich oder nebenamtlich) übertragen werden. Nebenamtliche Lehrbeauftragte können für die Zeit ihres Auftrages den Titel „Professor“ erhalten.

Anmerkung: Die Einordnung der Lehrbeauftragten in die Hochschulsatzung bleibt der Hochschulsatzung überlassen.

V. Besoldung

1. In Konsequenz der vorgeschlagenen Personalstruktur soll für Professoren entsprechend der einheitlichen

(Fortsetzung S. 5)

des Kapitals!

Leussinks 14 Thesen

Fortsetzung von Seite 4
lichen Berufsbezeichnung eine einheitliche Besoldungsgruppe vorge-
sehen werden, die die derzeitigen
für Hochschullehrer geltenden Son-
derregelungen einschließt. Inner-
halb dieser Besoldungsgruppe ist
eine Differenzierung der Besol-
dungshöhe nach noch zu bestim-
menden Maßstäben vorzunehmen.

Anmerkung:
Landesrechtliche Bestimmungen sollen regeln,
nach welchen Kriterien die Einordnung in die
Besoldungsgruppe und deren Anwendung er-
folgt. Als Kriterien kommen u. a. in Betracht:
Leistung, Funktion, Erfahrung, bisherige Tä-
tigkeiten.

2. Für Assistenzprofessoren ist eine
Besoldung vorzusehen, die sich im
Rahmen der bisherigen Besoldungs-
gruppen H 1 und H 2 hält.

3. Die wissenschaftlichen Beamten
und Angestellten einschließlich der
hauptamtlichen Lehrbeauftragten
werden in A 13 bis A 16 bzw. BAT
II a bis ADO eingestuft.

Für Leiter zentraler Einrichtun-
gen kommt eine höhere Besoldung
in Betracht.

Anmerkung:
In den einschlägigen Gesetzen und Verord-
nungen ist vorzusehen, daß Zeiten einer wis-
senschaftlichen Tätigkeit an der Hochschule
nach Abschluß des Studiums — ebenso wie
die Tätigkeit in Forschungsinstituten — auf die
Dienstzeiten im Sinne des Besoldungs- und
Versorgungsrechts und in weiterem Umfang
als bisher auf Zeiten im Sinne des Laufbahn-
rechts angerechnet werden (z. B. die Zeiten
eines Forschungsspendiums).

VI. Nebentätigkeit

1. Mit Lehr- und Forschungsaufga-
ben unmittelbar zusammenhängen-
de, im öffentlichen Interesse lie-
gende Dienste (z. B. Untersuchun-
gen wie Materialprüfungen, medi-
zinische Routineuntersuchungen,
Beratungen) sollen soweit wie mög-
lich in die Hauptämter eingeordnet
und als Nebentätigkeit nicht zuge-
lassen werden.

Anmerkungen:
Die Einordnung einer Tätigkeit in das Hauptamt
schließt Nebeneinkünfte für diese Tätigkeit
aus. Vergütungsanspruch von Personal bei der
Mitwirkung an Nebentätigkeiten ist zu prüfen.

2. Der Fachbereich stellt im Rah-
men seiner Selbstverwaltung sicher,
daß die Forschungs-, Lehr- und
Prüfungstätigkeit sowie die Teil-
nahme an der Hochschulselbstver-
waltung nicht durch die Übernahme
von Nebentätigkeiten beeinträchtigt
wird. Nebentätigkeiten sollen nicht
eingeschränkt werden, wenn dies
gewährleistet ist und sie der dienst-
lichen Tätigkeit förderlich sind. Die
Übernahme von Nebentätigkeiten
ist grundsätzlich der Hochschule
anzuzeigen.

3. Wissenschaftliche und künstleri-
sche Nebentätigkeiten, die im Auf-
trag eines anderen gegen Entgelt

ausgeübt werden, sollen künftig ge-
nehmigungspflichtig sein.

Anmerkung:
Landesrecht kann bestimmte Tätigkeiten gene-
rell von der Genehmigungspflicht befreien.

These 14:

Einstellung von Professoren
und Assistenzprofessoren

1. Alle Stellen für Professoren und
Assistenzprofessoren sind nach
Maßgabe näherer landesrechtlicher
Regelung rechtzeitig öffentlich aus-
zuschreiben. In der Ausschreibung
ist auf die mit der Stelle verbunde-
nen besonderen Aufgaben hinzu-
weisen und eine genaue Funktions-
beschreibung zu geben.

2. Das Landesrecht kann vorsehen,
daß auch Nichtbewerber eingestellt
werden.

3. Die Habilitation ist nicht Voraus-
setzungen innerhalb dieser Frist
setzung für die Einstellung als
Professor.

4. Professoren, die innerhalb der
den sind oder deren Arbeitsmög-
lichkeit durch erhebliche Aufwendungen
verbessert worden sind, dürfen
nicht ohne Zustimmung ihres bis-
herigen Dienstherrn als Professoren
eingestellt werden. Das gleiche gilt,
wenn die persönlichen Bezüge auf-
grund von Bleibeverhandlungen in-
nerhalb der letzten drei Jahre er-
höht worden sind.

5. Einstellungs- und Bleibeverein-
barungen erstrecken sich nicht auf
die Ausstattung mit Personal- und
Sachmitteln; über diese entschei-
det der Fachbereich. Vereinbarun-
gen über Art und Umfang der zu
erfüllenden Aufgabe stehen unter
dem Vorbehalt einer Überprüfung
in angemessenen Zeitabständen. Sie
sind nach Maßgabe der Beschlüsse
der zuständigen Selbstverwaltungs-
organe veränderten Verhältnissen
anzupassen.

Zu Thesen 13 und 14: Die Verpla-
nung der Universität im Monopol-
interesse umgreift gerade auch die
Gruppe an der Universität, die es
sich bisher leisten konnte — auf-
grund ihrer autonomen feudalen
Stellung — Orchideenfächer anzu-
bieten, die für das effektive Funk-
tionieren von Wissenschaft für die
Bedürfnisse der Wirtschaft nur Bal-
last und Kosten verursachten. Auch
die Professoren haben sich der
„Stimmung“ der Hochschule zu un-
terwerfen, „Art und Umfang“ ihrer
Aufgaben sind „veränderten Ver-
hältnissen anzupassen“.

Achse Bonn - Moskau?

Fortsetzung von Seite 1

In die Großmachtpläne der SU-
Imperialisten paßt es besser, eine
halbe Kontrolle über ein kapitali-
stisches Gesamtdeutschland auszu-
üben als eine Gesamtkontrolle über
eine DDR, die noch sozialistische
Züge trägt.

Interessen der USA

Wie nun reagiert der Kompa-
gnon der SU-Revisionisten, die USA
auf die Geschäfte zwischen Bonn
und Moskau?

Gleich nach Regierungsantritt
hat sich Brandt mit den „Friedens-
bemühungen“ Nixons in Vietnam
solidarisch erklärt. Zu den Vorfäl-
len in My Lai hatte er keine Mei-
nung. Schmidt stimmte sich sofort
mit dem Pentagon ab und empfahl,
in der Bundeswehr Elitetruppen
wie die Green Berets einzurichten.

Dafür gibt es nur eine Erklä-
rung: Die Intensivierung der Zu-
sammenarbeit mit Westdeutschland
durch die sowjetische Regierung
spiegelt auch ihre Rivalität mit den
USA um Einflußsphären in Europa
wider.

Während die SU Osteuropa als
ihr zugehörige Einflußsphäre be-
trachtet, versucht der US-Imperia-
lismus, in diese Gebiete vorzu-
dringen. Bei diesem Streben ist

Westdeutschland z. Z. der wichtig-

Die SU, die bemüht ist, ihre Stel-
lung in Osteuropa zu „behaupten“
und ihre Front im Westen stabil zu
erhalten, versucht nun, durch Ver-
kauf der Interessen des Volkes der
DDR Westdeutschland zu be-
schwichtigen und auf ihre Seite zu
bringen, die Beziehungen zwischen
Westdeutschland und dem US-Im-
perialismus zu stören, den NATO-
Block zu zersplittern und den Ein-
fluß des US-Imperialismus in
Europa zu schwächen. Man wird
sich fragen, inwiefern die Interes-
sen der DDR-Bevölkerung verraten
werden: zwar würde kurzfristig
auch in der DDR das Warenange-
bot zunehmen, dann aber würden
sich auch dort die für eine kapitali-
stische Gesellschaft typischen Kris-
en zeigen, von denen die DDR bis-
her verschont ist, v. a. Arbeitslo-
sigkeit. Erinnert sei hier an das
Beispiel Jugoslawiens, das seinen
Arbeitern so spärliche Lebensmög-
lichkeiten bietet, daß z. Z. in West-
europa über 1/2 Millionen Jugosla-
wen beschäftigt werden.

Ein staatliches Unternehmen der
CSR vermietete im September 1969
Arbeitskräfte an Westberliner
Führerunternehmen. Derartige Seg-
nungen gönnen die Sowjets auch
der DDR-Bevölkerung.

Sie haben Gesetzbücher und Verordnungen,
Sie haben Gefängnisse und Festungen,
(Ihre Fürsorgeanstalten zählen wir nicht!)
Sie haben Gefängniswärter und Richter,
Die viel Geld bekommen und zu allem bereit sind.
Ja, wozu denn?

Glauben sie denn, daß sie uns damit kleinkriegen?
Eh sie verschwinden, und das wird bald sein,
Werden sie gemerkt haben, daß ihnen das alles nichts
mehr nützt.

Sie haben Zeitungen und Druckereien,
Um uns zu bekämpfen und mundtot zu machen,
(Ihre Staatsmänner zählen wir nicht!)
Sie haben Pfaffen und Professoren,
Die viel Geld bekommen und zu allem bereit sind.
Ja, wozu denn?

Müssen sie denn die Wahrheit fürchten?
Eh sie verschwinden, und das wird bald sein,
Werden sie gemerkt haben, daß ihnen das alles nichts
mehr nützt.

Sie haben Tanks und Kanonen,
Maschinengewehre und Handgranaten,
(Die Gummiknüppel zählen wir nicht!)
Sie haben Polizisten und Soldaten,
Die wenig Geld bekommen und zu allem bereit sind.
Ja, wozu denn?

Haben sie denn so mächtige Feinde?
Sie glauben, da muß doch ein Halt sein,
Der sie, die Stürzenden, stützt.
Eines Tages, und das wird bald sein,
Werden sie sehen, daß ihnen alles nichts nützt.
Und da können sie noch so laut „Halt!“ schrei'n,
Weil sie weder Geld noch Kanone mehr schützt!

(Aus: Bert Brecht, „Die Mutter“)

Kurt Ott

Bildung ist auch Unternehmersache

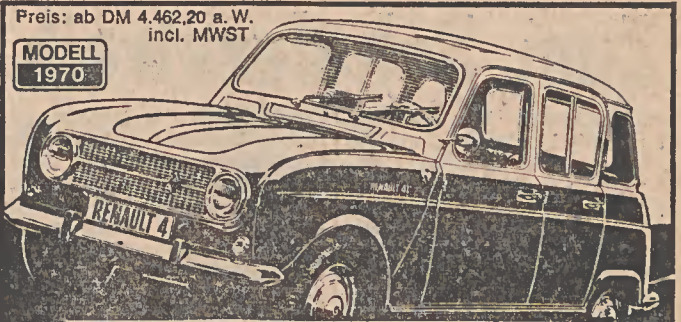
Bildungsinvestitionen sind nicht
nur ein bestimmender Faktor
des kulturellen und gesellschaft-
lichen, sondern auch wirtschaft-
lichen Fortschritts. Leistungs-
stand und internationale Wett-
bewerbsfähigkeit unserer Wirt-
schaft hängen wesentlich von
den Qualifikationen ihrer Mit-
arbeiter ab. Es muß deshalb
sichergestellt werden, daß bei
den sich auf nahezu allen Ge-
bieten des Bildungswesens an-
bahnenden tiefgreifenden Re-
formen neben den pädagogi-
schen und gesellschaftspoliti-
schen Aspekten auch die For-
derungen angemessen berück-
sichtigt werden, die aus ökonomi-
scher Sicht an ein modernes
leistungsfähiges Bildungswesen
zu stellen sind.

Vordringlich ist vor allem,
daß sich die Kultusministerien
bei ihren Planungen zur Moder-
nisierung des Schul- und Hoch-
schulwesens in ausreichendem
Maße an den Anforderungen
orientieren, die die Wirtschaft
an ihre Mitarbeiter stellt. Dabei
muß davon ausgegangen wer-
den, daß verstärkte Anstren-
gungen der öffentlichen Hand
allein nicht ausreichen werden,
um das deutsche Bildungswesen
in den Stand zu setzen, in qua-
litativer und quantitativer Hin-
sicht den Aufgaben der kom-
menden Jahrzehnte gerecht zu
werden. Gleichmaßen bedeu-
tend ist deshalb, daß auch die
privaten Aus- und Fortbil-
dungseinrichtungen weiter aus-
gebaut und durchgehend moder-
nisiert werden...

Diese Ziele können nur er-
reicht werden, wenn vor allem

die deutsche Industrie ihre eige-
nen Anstrengungen auf dem Ge-
biet der Aus- und Fortbildung
der Nachwuchskräfte weiter
verstärkt und sich zielbewußter,
als dies bisher geschehen ist, in
die öffentliche bildungspolitische
Diskussion einschaltet. Das Prä-
sidium des Bundesverbandes der
Deutschen Industrie (BDI) hat
deshalb auf Vorschlag des Aus-
schusses für Berufsbildung fol-
gendes Programm zur Intensi-
vierung der Bildungsarbeit der
Industrie beschlossen:

1. Zuordnung der Grundsatz-
fragen der betrieblichen Bildung
zum Aufgabenbereich der Un-
ternehmerleistungen;
2. stärkere fachliche und päd-
agogische Förderung des Aus-
bildungspersonals, an das auf-
grund des Berufsbildungsgeset-
zes höhere Anforderungen ge-
stellt werden;
3. stärkere Unterstützung der
Aus- und Fortbildungsmaßnah-
men der Unternehmen durch
die Industrieverbände. Spezi-
elles Ziel: es auch den Klein-
und Mittelbetrieben zu ermög-
lichen, den Forderungen des Be-
rufsbildungsgesetzes nach syste-
matischer, breiter und umfas-
sender Ausbildung der Lehr-
linge gerecht zu werden;
4. klare Definition der bildungs-
politischen Auffassung der In-
dustrie, Entwicklung neuer In-
itiativen zur Modernisierung der
Berufsordnung, bessere Koordi-
nierung zwischen öffentlichem
Schul- und industriellem Bil-
dungswesen; Grundlage hierfür
bilden die eigenen Untersu-
chungen über die Arbeitsanfor-
derungen in den verschiedenen



Preis: ab DM 4.462,20 a. W.
incl. MWST
MODELL
1970

RENAULT 4

Der sicherste Wagen
ist der mit der sichersten
Straßenlage.
Das ist das Konstruktionsprinzip des Renault 4.
Wir wissen, was ihn zum meistgekauften 850er
machte: Der robuste und millionenfach bewährte
Motor. Und seine Wirtschaftlichkeit. 845 ccm,
26 PS, 5 Türen, 6,4 l/100 km.

C. M. SCHÖTTELDREIER
4630 BOCHUM
Herner Straße 107 • Telefon 1 43 36
In der Bundesrepublik gibt es über 1300 Renault-Servicestationen

Studiendarlehen „Honnefer Modell“

Im Rahmen der Förderungsrichtlinien bestehen folgende Mög-
lichkeiten, zinslose Studiendarlehen in Anspruch zu nehmen:

1. Überschreitung der Höchstförderungsdauer aus zwingenden
Gründen.
2. Reisekosten bei einem Auslandsstudium oder Teilnahme
an Sprachkursen im Ausland.
3. Erhöhte Studienkosten, die den Förderungsmeßbetrag
nachweislich überschreiten.
4. In begründeten Einzelfällen zur Deckung der Studien-
kosten, wenn die Unterhaltspflichtigen sich weigern,
einen Finanzierungsbeitrag zu erbringen.

Zinslose Studiendarlehen gegen Bürgschaft können in folgenden
Fällen gewährt werden:

1. Aufstockung des mtl. Betrages der Studienförderung bis
zum Förderungsmeßbetrag.
2. Kürzung des Stipendienbetrages durch Anrechnung von
Vermögen. Aufstockung bis zum Förderungsmeßbetrag
möglich.

Nähere Auskünfte erteilt die Förderungsabteilung montags und
donnerstags von 8.00 bis 13.00 Uhr.

Tätigkeitsbereichen, die Arbeits-
kräftestruktur und den Bedarf
an qualifizierten Arbeitskräften;
5. Herausgabe eines Informa-
tionsdienstes zur beruflichen

Bildung;
6. Unterstützung der für die
Schul- und Hochschulpolitik ver-
antwortlichen Stellen.

Hand in Hand muß eine enge
Zusammenarbeit und Koordi-
nierung der unternehmerischen
Spitzenorganisationen in allen
Grundsatzfragen der Berufs-
bildungspolitik gehen. Das Prä-
sidium des BDI hat daher dem
Vorschlag zugestimmt, ein von
den Spitzenorganisationen der
Unternehmer getragenes „Kura-
torium für Berufsbildung in der
Wirtschaft“ zu schaffen. Dabei
ist vor allem in den Fragen der
Grundlagenforschung und der
Öffentlichkeitsarbeit eine Zu-
sammenarbeit mit dem Deut-

schen Industrieinstitut unerläß-
lich.

Wenn die Unternehmer die
Führung bei der Gestaltung der
betrieblichen Berufsbildung be-
halten wollen, müssen sie daher
künftig aktiv und mit klarer
Konzeption in diesen Gremien
mitwirken. Gleichzeitig müssen
sie ihre Kontakte zu den für
die Schul- und Hochschulpolitik
verantwortlichen Stellen ver-
stärken.

Kurt Ott, Geschäftsführender Gesellschaf-
ter der Fabro-Werke KG, Wilhelm F. Ott,
Darmstadt, Vorsitzender des Berufsbil-
dungsausschusses des Bundesverbandes
der Deutschen Industrie.
(aus: Unternehmerbrief des
Deutschen Industrieinstituts
6/1970)

Wie erfolgreich die Kapitali-
sten bereits mit dieser Bildungs-
politik sind, lese man bei Martin
Baethge, Bildungspolitik der
Unternehmer, nach. Die Red.

Klaus Dörner Bürger und Irre

Zur Sozialgeschichte und Wissenschafts-
soziologie der Psychiatrie
416 Seiten, kartoniert 25,— DM
Leinen 35,— DM

Psychoanalyse

Kritische Beiträge zum 60. Geburtstag
von Alexander Mitscherlich
von Peter Brückner, Werner, Kriesel und
Thomas Leihäuser
111 Seiten, kartoniert 7,— DM, provokativ

Paul Mattick Kritik an Herbert Marcuse

Der eindimensionale Mensch in der
Klassengesellschaft
72 Seiten, kartoniert 5,— DM, provokativ

Pierre Jalée Die Dritte Welt in der Weltwirtschaft

Aus dem Französischen von Ernst Ludwig
Zorer und Heide Maria Hertel
Redaktion: Horst Stenzel
208 Seiten mit zahlreichen Tabellen
kartoniert 19,— DM, dritte welt

Elmar Altvater Die Weltwährungskrise

144 Seiten mit 24 Tabellen
kartoniert 9,— DM
Politische Ökonomie. Geschichte und Kritik

Monopolkapital

Thesen zum Buch von Paul A. Baran
und Paul M. Sweezy
Herausgegeben von Frederico Hermanin
de Reichenfeld, Karin Monte und
Claus Rolshausen
ca. 128 Seiten, Broschur ca. 9,— DM
Politische Ökonomie. Geschichte und Kritik

Elmar Altvater Gesellschaftliche Produktion und ökonomische Rationalität

Externe Effekte und zentrale Planung
im Wirtschaftssystem des Sozialismus
214 Seiten, Broschur 18,— DM,
Leinen 26,— DM
Politische Ökonomie. Geschichte und Kritik

EUROPÄISCHE VERLAGSANSTALT

Zum Schülerstreik in Bochum

Der Schülerstreik in Bochum fand statt, auch mit Demonstration. Die Frage, ob eine Demonstration gemacht werden sollte oder nicht, hatte schon eine Woche vorher die Gemüter der SMV-Funktionäre erregt. Anhand der Diskussion um diese Frage soll hier das Verhältnis der Bochumer Schülerschaft zur Studentenschaft der RUB beleuchtet werden.

In der SMV-Sitzung der Bochumer Schulen ging es darum, ob ein Schüler die Verantwortung für eine angemeldete Demonstration der Oberstufenschüler übernehmen sollte. Nachdem die SMV-Verbindungslehrer lange genug den Teufel in Form von zerschlagenen Fensterscheiben an die Wand gemalt hatten, war kein Schüler mehr zur Übernahme dieser Verantwortung bereit.

Der Vorschlag des Streikrates, die Demonstration als spontane zu deklarieren, wurde von den SMV-Funktionären, die sich an Formalismen gebunden fühlten, abgewiesen.

Daraufhin wurde ein Vorschlag vorgebracht, der eine erregte Debatte auslöste. Der Streikrat, der schon vorher die Wichtigkeit dargelegt hatte, daß eine Schülerdemonstration zugleich eine Solidaritätsaktion für die streikenden Studenten sein müsse, schlug nämlich vor, ein Mitglied des AStA der RUB dazu aufzufordern, die Verantwortung für die Demonstration der Schüler zu übernehmen. Das hätte beinhaltet, daß sich die Schülerschaft mit der Studentenschaft solidarisierten und auch deren Forderungen mitunterstützen würde, wie das umgekehrt bereits geschehen war.

Jedoch zeigte sich erneut einmal, wie gut die bürgerliche Presse es verstanden hatte, die Studenten als Buhmänner der Nation in Mißkredit zu bringen. Ein Verbindungslehrer „argumentierte“, daß einige Schüler — gemeint war der Streikrat der Schüllerschule, Goetheschule und Graf-Engelbert-Schule — von den linken Studenten so beeinflusst worden seien, daß sie in

den Schulen das Dasein „gewisser linker Bazillen“ führten, die „bekanntlich das Bestreben haben, sich zu vermehren“.

Die Stimme der Erfahrung, personifiziert in Verbindungslehrer Fernkorn, meldete sich mit der Feststellung, es sei ja bekannt, schon von den Bogestra-Aktionen her, daß die Studenten die Schüler lediglich dazu benutzten, um eine gewisse Masse aufzuweisen, im übrigen hingen die Schüler jedoch am Gängelband „gewisser linker Gruppen“. Von dieser Teil- und-

herrsche-Taktik unterschied sich die Argumentation der SMV-Funktionäre nur dadurch, daß sie diese „Tatsache“ nicht auch noch an die Öffentlichkeit kommen lassen wollte. Durch die Solidarisierung mit den „schlimmen“ Studenten gerate man in die Gefahr, durch die Presse ein falsches Image angehängt zu bekommen. Indem man sich „besonders ordentlich“ verhält, glaubt man, die Presse dazu bewegen zu können, im Sinne der Schüler zu berichten.

Das Vertrauen der meisten Schüler in die westdeutsche Presse ist fast ungebrochen. Verzerrungen werden zumeist als Fehlleistungen einzelner Reporter aufgefaßt. Im allgemeinen wird geglaubt, was sie über die Studenten schreibt.

Das daraus resultierende antistudentische Verhalten herrscht nicht nur bei den SMV-Funktionären, sondern in der gesamten Schülerschaft vor. Das zeigte sich auch wieder bei einem Teach-in im Anschluß an die Demonstration.

Die monatelangen Bemühungen einiger, dieses Mißtrauen abzubauen, haben nur geringe Erfolge gehabt. Offenbar ist daran nicht allein die Verkettung durch die Meinungsmedien schuld. Hinzu kommt eine antiautoritäre Grundeinstellung, die den auf Teilgebieten vorhandenen Informationsvorsprung bereits als eine zu bekämpfende Autorität ausbildet. Die Folge ist, daß linke Schüler, als solche abgestempelt, sich in die Isolation gedrängt sehen und häufig sich aus-

schließlich der Theorie zuwenden. Es reicht nicht aus, einen emotional vorgeformten Haufen, der bei den einander widersprechenden Auffassungen begeistert applaudiert, zu einem Teach-in zu bestellen.



Die Schüler sind sich ihrer Lage noch zu wenig bewußt, und daher kann es passieren, daß sie aus Begeisterung einem verlängerten Streik zustimmen, obgleich auch das nicht dazu beitragen wird, daß die Regierung Kühn/Weyer ihre technokratischen Schulreformpläne ins Feuer wirft.

Noch hat man sich zu wenig bewußt gemacht, welchen Machtfaktor man darstellt. Der genehmigte Streik für einen Tag — in einem Rundschreiben wird den Schulleitern empfohlen, die Schüler für eine Demonstration am Vormittag zu beurlauben — ist ein Kompromiß der Herrschenden, den sie aufgrund des Drucks von unten eingehen sich genötigt sahen. Solidarität und organisatorische Geschlossenheit und Disziplin tun not.

Für den Streikrat der Schüllerschule
Barbara Ziegler

Sturz der rechten AStAs

ADS in Agonie

Es ist erst ein paar Monate her, daß die Arbeitsgemeinschaft deutscher Studentenschaften (ADS) die westdeutsche Öffentlichkeit betrat, um — begleitet vom wohlwollenden Beifall der Presse von WELT bis FRANKFURTER RUNDSCHAU — „Gespräche“ mit den Spitzen des Staates zu führen. Das Ergebnis solcher Konversation waren jedoch bestenfalls Bilder in der Presse, während ihre in liberaler Ideologie befangene Politik in völliger Fehleinschätzung der Gegebenheiten monopolkapitalistischen Wirtschaftspolitik zum Scheitern verurteilt war. Die einzige Funktion ihrer unverblühten Gespräche war es, die Studenten in Ruhe und Ordnung zu halten, während die Monopolbourgeoisie munter zur Realisierung treiben konnte. Die Forcierung des HSG zeigt den Studenten, wie wenig eine solche Politik geeignet ist, ihre Interessen zu vertreten (vgl. auch die Leussink-Thesen).

Die unvermeidliche Folge war der Sturz der RCDS-AStAs an den Unis Münster, Mainz, Marburg, Bonn, an der PH Bonn. Damit sinkt die Zahl der ADS-Mitgliedschulen auf ein Minimum zusammen.

Das verspätete Wiederaufleben studentischer Pressure-group-Politik (vgl. das lächerliche Auftreten der Gruppen RCDS, FHV und BSU beim Bochumer Hochschulstreik) darf trotz eifriger Gesundheitsbeteuerungen der liberalen Presse als abgeschlossen gelten. Es ist an der Zeit zu erkennen, daß erfolgreiche Politik gegen die Wissenschaftspolitik wie auch gegen jede andere Politik des staatsmonopolistischen Kapitalismus nur im Bündnis und unter der Führung der aufgrund ihrer Bedingungen im Produktionsprozeß progressivsten und letztendlich mächtigsten Klasse, der Arbeiterklasse, möglich ist.

Garaudy ausgeschlossen

Roger Garaudy, der Christentum und Marxismus zu versöhnen unternahm, durfte mit diesen Versuchen jahrelang im ZK der französischen KP sitzen. Brauchbar war er u. a. für Gespräche im Rahmen der Paulus-Gesellschaft, wo die Revisionisten versuchten, dem katholischen Klerus klarzumachen, daß sich beides miteinander vertrüge.

Dahinter stand damals die Politik der SU, mit den christdemokratischen Regierungen Westeuropas ins Gespräch zu kommen, wobei sie sich der Mittlerdienste der westeuropäischen moskautreuen KPs bediente. Mittlerweile ist dieses Unterfangen durch die politische Entwicklung in Westeuropa überholt. Peinlich wurde seinen „Ge-

nossen“ jedoch die Kritik Garaudys an der SU v. a. den CSR-Einmarsch betreffend: als er — um Selbstkritik ersucht — auf dem Parteitag vergangene Woche die SU anklagte, weil sie den seit 6 Wochen streikenden Bergleuten in Asturien durch Kohlelieferungen an das Franco-Regime in den Rücken gefallen war, zogen sie die einzig zu erwartende Konsequenz: sie schlossen ihn aus der Partei aus.

Nachher jedoch bemühten sie Garaudys Kierkegardianismus, um dessen Ausschuß auch ihrem Fußvolk begreiflich zu machen. Mitteltenswert ist noch die Tatsache, daß das Franco-Regime mit der SU diplomatische Kontakte aufgenommen hat.

Die nächste BSZ erscheint am 9. April

Revisionistisches

In einer Wirtschaftssendung des Norddeutschen Rundfunks war vor etwa drei Wochen ein Loblied auf den Schacher zwischen der BRD und Polen zu hören. „Kooperation“ sei das neue Zauberwort. Erläutert wurde dies an einem Musterbeispiel aus der Textilindustrie: So liefere ein westdeutsches Werk die Rohstoffe nach Polen, um sie dort „veredeln“ zu lassen.

Nach der „Veredelung“ kämen die Produkte wieder zurück nach Westdeutschland. Grund der „Veredelung“: In Polen sei die Ware Arbeitskraft viel billiger als hier. — emel —

KUNST & BÜCHER SCHEUNE

Fusionen

Seit 1958 kam es in der BRD zu über 540 Industriezusammenschlüssen, die beim Bundeskartellamt angezeigt werden müssen. Allein 1969 fanden 138 Konzentrationen statt. Diese Entwicklung hat steigende Tendenz und beweist wieder einmal, daß im Kapitalismus immer mehr wirtschaftliche und damit auch politische Macht in immer weniger Händen vereint wird.

Gute Gelegenheit im Bücherstand in der Mensa:

RAUBDRUCKE NEU:
Wilhelm Reich, Kritik der bürgerlichen Sexualreform (Geschlechtsreife, Enthaltsamkeit, Ehemoral) bisher 4 DM, Jetzt 3,00 DM

Wilhelm Reich, Dialektischer Materialismus und Psychoanalyse, jetzt wieder unbeschränkt erhältlich 1,50 DM

Karl Korsch, Was ist Sozialisierung? 1,00 DM

Außerdem: ROTE PRESSE-KORRESPONDENZ, SDS — INFO etc. jeweils neu.

Außerdem Bücher von und über Che, Ho, Giap, Black Panther, Nordirland, Lucas Sweeney.

Kauft am Stand der Sozialistischen Arbeiter-, Lehrlings- und Schülergruppen in der Mensa!
Täglich zwischen 11,45 bis 14 Uhr.

Markt und Profit im Sozialismus?

11 Bettelheim u.a.: Zur Kritik der Sowjetökonomie

DM 5.50

160 Seiten, im Abz.: 1 DM weniger
Wagenbach, Bln 31, Jenaer Str. 6

Rotbücher

Keine »Tragödie« -geplanter Mord:

6 Antonello u.a.: Nigeria gegen Biafra?

DM 5.50

160 Seiten, im Abz.: 1 DM weniger
Wagenbach, Bln 31, Jenaer Str. 6

Rotbücher

Leussink-Brief

In einem Brief Leussinks an die Mitglieder des „Beratenden Ausschusses für Forschungspolitik“ (dem damaligen Ministerium für Wissenschaft und Forschung beigeordnetes, internes Gremium) vom 12. 3. 1969 heißt es unter anderem:

„... Es wird letztlich immer eine politische Entscheidung sein, wie viele des jeweiligen Jahrgangs man bis zum 16. Lebensjahr, wie viele man bis zum 18. Lebensjahr (30, 40 oder 50%) in eine allgemeine Vollzeitbildung schicken will bzw. welcher Prozentsatz jeweils in den angegebenen Lebensaltern bereits in die Berufe abwandern sollen. Desgleichen ist es eine politische Entscheidung, wieviel des jeweiligen Jahrganges ein sog. Langstudium (das in etwa unserem traditionellen Universitätsstudium entspricht) und wieviel Prozent ein sog. Kurzstudium absolvieren sollen. Dabei wird das Kurzstudium in der weiteren Entwicklung sicher zusammenfallen mit dem, was aus der weiterentwickelten heutigen Fachhochschule entstehen soll.“

Lukrativer Job

Der Arbeitskräftemangel der Großindustrie bietet Subunternehmern Chancen zu einträglichen Geschäften. So bezieht der Bochumer Verein von einigen Bauunternehmen und Montagetageunternehmen Arbeitskräfte, denen ein Lohn etwas über dem der eigenen Arbeiter geboten wird. Der Subunternehmer dagegen kassiert für Mann und Arbeitsstunde mehr als das Doppelte des dem Arbeiter ausgezahlten Lohns.

So erhält ein Montagearbeiter statt der üblichen 5,50 DM einen Lohn von 5,80 DM, der Vermittler jedoch streicht 16 DM pro Stunde ein. Dafür jedoch mußte sich der Arbeiter zu einem — die Arbeitsschutzgesetz mißachtenden — 14-Stunden-Tag vertraglich verpflichten.

Von der Unfähigkeit der Parteien:

1 Meynaud: Bericht über die Abschaffung der Demokratie in Griechenland

DM 5.50

160 Seiten, im Abz.: 1 DM weniger
Wagenbach, Bln 31, Jenaer Str. 6

Rotbücher

Der „parteilose“ Herr LEUSSINK

Wer ist Herr Leussink? Herr Leussink gehört weder der SPD, der CDU noch der FDP an und ist, seit dem jähren Erlöschen seiner Mitgliedschaft in der NSDAP (Mitgliedsnr. 4804923) anno 45, parteilos. Dabei versprach sich die Regierung Brandt/Scheel ein gutes Image. Soll doch der Parteilose auf diesem wichtigen Posten nach außen den Eindruck erwecken, er stehe über Parteiengänzen, Interessenstreit und sonstigem Hader. Sozusagen ein neutraler Mann, der nur nach seinen fachlichen Einsichten sein Amt verwaltet. Herr Leussink ist lediglich durch seine bisherige Tätigkeit in der Wirtschaft und in der Bildungs- und Wissenschaftsplanung aufgefallen.

Eine konsequente Laufbahn

Nach dem Krieg gründete H. Leussink in Essen ein Ingenieurbüro für Staudambau, Erdbewegungen und Bergschäden und war am Entwicklungshilfegeschäft in der Türkei, in Indien, Persien und im Sudan beteiligt. 1954 übernahm er den Lehrstuhl für Grundbau, Tunnelbau und Baubetrieb an der TH Karlsruhe. Von nun an gehörte er zu dem kleinen Kreis von Professoren, die in enger Zusammenarbeit mit Konzernvertretern in der Bildungs- und Forschungspolitik wirkten. Von einem Gremium ins andere sehen wir ihn in der Folgezeit hüpfen.

Zunächst in die Westdeutsche Rektorenkonferenz (WRK), deren Präsident er von 1960 bis 1962 ist. In dieser Zeit weist er erste schüchterne Ansprüche der Studenten auf Mitbestimmung an den Universitäten als „weit über das Ziel hinauschießend“ ab. In einer Zeit wohlgerichtet, die noch nicht weit entfernt ist von der Forderung nach Dreiteilparität (1967) und in der es noch keine politische Studentenbewegung gibt.

Seit 1963 ist er Mitglied und von 1965 bis 1969 Vorsitzender des Wissenschaftsrates (WR), daneben Mitglied des „Beratenden Ausschusses für Forschungspolitik“ im Bundeswirtschaftsministerium. In diesen Zirkeln hat vor allem H. Leussink

eine entscheidende Rolle in der Diskussion um die Hochschulreform gespielt. In den „Empfehlungen“ des WR gab er Handlungsanleitungen für eine technokratisch gehandhabte Reform: allseitige Erhöhung des Leistungsdrucks, verstärkter Ausbau eines umfassenden und einheitlichen Kontrollsystems, Kompression der Geistes- und Gesellschaftswissenschaften, Studienzeitverkürzung, Gliederung der Ausbildung in Massen- und Elitestudium, Austrocknung der Hochschulforschung. (Siehe: Empfehlungen des WR zur Neuordnung des Studiums an den wissenschaftlichen Hochschulen, 1966; Empfehlungen des WR zum Ausbau der wissenschaftlichen Hochschulen bis 1970, vorgelegt 1967).

Die „Empfehlungen“ sind getragen von der Einsicht: „Bildung und Wissenschaft, Erziehung und Forschung stellen die größte und zukunftsreichste Industrie dar“ (H. Leussink in einer Ansprache zum 10jährigen Jubiläum des WR, am 16. 11. 1967 in Bonn). Die „Empfehlungen“ einer solchen Industrialisierung des Universitätsbetriebs zur Lernfabrik waren denn auch, neben Leussink sowie 15 weiteren Professoren und 17 Ministerbeamten, 6 „anerkannte Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens“.

Prof. Carl Wurster, Aufsichtsratsvorsitzender der BASF;

Dr. Ernst Hellmut Vits, Vorstandsvorsitzender der Vereinigten Glanzstoff-Fabriken AG, Vorsitzender des Vorstandes des Stifterverbandes für die Deutsche Wissenschaft;

Dr. Otto A. Friedrich, Geschäftsführender Gesellschafter der Friedrich Flick KG;

Prof. Heinz Goeschel, Vorstandsmitglied der Siemens-Schuckertwerke AG;

Hans L. Merkle, Vorsitzender der Geschäftsführung der Robert Bosch GmbH;

Dr. Ernst Wolf Mommsen, Vorsitzender des Vorstandes der Thyssen Röhrenwerke AG.

Das soll aber nicht heißen, daß die professoralen Mitglieder des

WR Industriern seien. Nur ein paar Beispiele: Prof. Winnacker von den Farbenwerken Hoechst, Prof. Fröhlich von der Borsig AG, Prof. Butenandt vom Aufsichtsrat der Bayer AG. Und es sollte nicht verschwiegen werden, daß auch Prof. Leussink, neben seinem Lehrstuhl in Karlsruhe, auf einem Aufsichtsratsposten saß, und zwar der Fried. Krupp GmbH.

Im „Beratenden Ausschuss für Forschungspolitik“ schließlich, einem weiteren Betätigungsfeld Hans Leussinks, kam es zu folgender Vereinigung: Deutscher Verband Technisch-Wissenschaftlicher Vereine (Prof. Balke, früherer Arbeitgeberpräsident) mit Bayer AG (Prof. Butenandt) und Farbwerke Hoechst (Prof. Winnacker) und Krupp (Prof. Leussink).

Der Kruppianer als „Bildungs“ planer

Der bisherige Kruppianer Leussink, der jetzt als Minister Vorsitzender des „Beratenden Ausschusses“ ist, kann nunmehr seinen alten Posten mit dem alten Vorsitzenden Stoltenberg tauschen. Der ist nämlich zu Krupp zurückgekehrt, wo er schon früher, vor seiner Ministerlaufbahn, Direktor war. Und so schließt sich der Kreis. „Dr. Stoltenberg betonte, hierdurch seien unabhängig von geänderten Voraussetzungen und Vorstellungen (sprich: Regierungswechsel, der Verf.) Elemente und Kontinuität in der deutschen Wissenschafts- und Forschungspolitik zu erwarten.“ (Presseamt des Bundesministeriums für Bildung und Wissenschaft am 29. 10. 1969, anlässlich der Amtsübergabe von Stoltenberg an Leussink).

Wie hieß es doch gleich in der Regierungserklärung Brandts? „Bildung und Ausbildung, Wissenschaft und Forschung stehen an der Spitze der Reform, die es bei uns vorzunehmen gilt.“ Und an anderer Stelle dieser Regierungserklärung: „Bildung, Ausbildung und Forschung müssen als ein Gesamtsystem begriffen werden, das gleichzeitig das Bürgerrecht auf Bildung sowie den Bedarf der Gesellschaft an möglichst hochqualifizierten Fachkräften und an Forschungsergebnissen berücksichtigt.“

Der Bundesbürger darf sicher sein, daß Bildungsminister Leussink den zweiten Teil des Regierungssatzes kräftig unterstreichen wird, mit der nötigen Präzisierung für „Bedarf der Gesellschaft“ in: „Bedarf der Industrieunternehmen“. Zur Frage der Auftragsforschung an den Universitäten erläuterte er in einem Interview mit der „Süddeutschen Zeitung“ am 10. 11. 1969:

Contacta Institut

Bochum Kortumstr. 45 I. Etage

Anpassung unsichtbarer Augengläser
bestverträgliche Kunststoff-Kleinstlinsen
des bewährten Systems Müller-Welt

ZUR FRAGE DER ENTQUALIFIZIERUNG

Gestützt auf eine Broschüre „Automation und Entqualifizierung“ schlägt die trotzkistische Internationale Arbeiterkorrespondenz (IAK) der revolutionären Linken vor, eine breite Agitation gegen die „Entqualifizierung“ zu entfalten. Sie glaubt offenbar, damit das „entscheidende Kettenglied“ in der Hand zu halten. Sie glaubt ferner, darin ein gemeinsames Agitationsmittel für Arbeiter und Schüler/Studenten entdeckt zu haben.

Überflüssigwerden des Faktors „Geschicklichkeit“

Die Broschüre stellt zunächst im ganzen richtig die Folgen der Automation für die Arbeiter dar: „Eine große Anzahl von Berufen wird in Zukunft nicht mehr gebraucht werden.“ — „Was heute in zunehmendem Maße von der Industrie gebraucht wird, sind nur kurze Zeit angelernte Arbeitskräfte, die jederzeit, je nach Konjunkturlage, auf die Straße gesetzt werden.“

Genauer ist der Vorgang folgender: durch die automatische Vervollkommnung einzelner Maschinen bzw. die automatische Zusammenfassung mehrerer Maschinen wird gerade der Faktor „Geschicklichkeit“ immer überflüssiger. Das Schleifen von Achsen mit geringer Toleranz z. B. konnte früher nur von einem relativ lange ausgebildeten Arbeiter vorgenommen werden — heute gibt es automatische Lehren, und der Arbeiter braucht nur mehr den Ausschlag an der Uhr zu verfolgen, was er sehr schnell lernen kann. Da bei der Arbeitsplatzbewertung der Faktor „Berufsausbildung, Fachkenntnis, Berufserfahrung, Facherfahrung“ z. B. mehr als doppelt so stark bewertet wird wie etwa der Faktor „Verantwortung für Werkstück und Arbeitsgüte“ (s. Brock, Hindrichs u. a., Der Konflikt um Lohn und Leistung, 1968, S. 19), wird der Arbeiter infolge der Automatisierung eine Lohngruppe herabgestuft und verdient entsprechend weniger. Das also ist konkret „Entqualifizierung“.

Die Frage ist, ob es sich dabei um eine grundsätzlich neue Sache handelt. Marx und Engels schrieben bereits im „Manifest“ folgendes: „Die Interessen, die Lebenslagen innerhalb des Proletariats gleichen sich immer mehr, aus, indem die Maschinerie mehr und mehr die Unterschiede der Arbeit verwischt und den Lohn fast überall auf ein gleich niedriges Niveau herabdrückt.“ Also: „Entqualifizierung“ gab es bereits vor über hundert Jahren. Damals wurden die sehr „qualifizierten“ selbständigen Handwerker ruiniert und zur Arbeit in der Fabrik gezwungen. Marx und Engels sahen darin einen historisch notwendigen Prozeß, gegen den sich zu stemmen (wie es der kleinbürgerliche Sozialismus tat) sie für „reaktionär und utopisch zugleich“ hielten.

Zum Abbau der Arbeiteraristokratie

Wie steht es nun mit der heutigen „Entqualifizierung“? Stellt sie etwa ein qualitativ neues historisches Phänomen dar? Welche Art von „Qualifikationen“ werden „entqualifiziert“? Unsere These lautet, daß es sich im wesentlichen um bürgerliche „Qualifikationen“ handelt. Vor der völligen Automation blieb auch im modernen Großbetrieb ein Rest Manufaktur, d. h. ein Rest kaserniertes Handwerk erhalten. Das waren die „große Anzahl von Berufen“, die „in Zukunft nicht mehr gebraucht werden“. Das Kapital hatte alles Interesse daran, diesem Rest von kaserniertem Handwerk den ideologischen Mantel der „Qualifizierung“ umzuhän-

gen, um die Arbeiterklasse in Hierarchien aufzuspalten und in einem Teil der Arbeiterklasse ein bürgerliches „Qualifizierungs“-Bewußtsein zu schaffen. Wir haben bereits dargestellt, wer die Merkmale entwickelte, nach denen man die „Qualifizierung“ maß: die Bourgeoisie. Sie entwickelte die Punktsysteme, sie setzte fest, was besonders „qualifiziert“ ist und was nicht. Die Arbeiter halten dieses System häufig für ungerecht.

Neben dem kasernierten Handwerk existiert eine zweite Spielart von „Qualifikation“: dabei geht es um verschleierte Aufpasser- und Antreiberfunktionen. Man muß bedenken, daß diese Hierarchie von „Qualifikationen“ vor der Automation von der Bourgeoisie keineswegs bekämpft wurde, im Gegenteil.

Nun setzt sich aber die Grundtendenz des Kapitalismus zur allgemeinen Nivellierung des Proletariats langfristig in immer neuen Schüben durch. Die Automation ist nur ein neuer Schub, keineswegs etwas qualitativ völlig Neues. Zu behaupten, es handle sich um etwas qualitativ Neues, birgt zumindest die Gefahr des Revisionismus in sich (vgl. Garaudys Thesen). So leid es ihr im Grunde tut, so ist die Bourgeoisie gezwungen, einen neuen Schub der „Entqualifizierung“ durchzuführen, sobald die Möglichkeit einer enormen Produktivitäts- und damit Profitsteigerung ihr winkt. Das ist bei der Automatisierung der Fall. Es wäre „reaktionär und utopisch zugleich“, sich dagegen zu stemmen. Nun gibt es in der Tat in bestimmten Kreisen der Gewerkschaftsbürokratie die Tendenz, sich grundsätzlich gegen die Automatisierung zu stemmen. Das ist keineswegs verwunderlich, wenn man bedenkt, daß die Gewerkschaftsbürokratie eng mit eben jener Arbeiteraristokratie verbunden ist, die nun „entqualifiziert“ werden soll. Auf der anderen Seite sieht die Mehrheit der Gewerkschaftsbürokratie natürlich die „Notwendigkeit“ der Automatisierung (für das Kapital, in dessen Dienst sie steht und von dem sie bezahlt wird) völlig ein. Also ist das kleinbürgerliche Gejammer über die „verschwindenden Berufe“ nur Begleitmusik zur Kapitulation.

Anbiederung an Gewerkschaftsbürokratie

Die IAK fordert, die Berufsausbildung unter die Kontrolle der Gewerkschaftsbürokratie zu stellen. Durch ihren Schlachtruf gegen die „Entqualifizierung“ versucht sie, bei der Arbeiteraristokratie Sympathien zu gewinnen und damit gleichzeitig bei dem utopisch-reaktionären Flügel der Gewerkschaftsbürokratie, die um die „untergehenden qualifizierten Berufe“ trauert. Das riecht zumindest stark nach Opportunismus. Glaubt die IAK, die Gewerkschaftsbürokratie würde eine Berufsausbildung durchführen, die den Kapitalinteressen widerspräche? Die selbe Gewerkschaftsbürokratie, die in den Aufsichtsräten der Monopole sitzt, deren Arbeitsdirektoren in den „mitbestimmten“ Betrieben bei den Arbeitern verhaßt sind als die Konzernbosse selbst?

Die „Entqualifizierung“ im Zuge der Automation ist ein historisch nicht rückgängig zu machender Prozeß, der im übrigen positive Seiten für den Klassenkampf hat: die Aufspaltung nach für den Arbeiter undurchschaubaren, da von bürgerlichen Technikern ausgeheckten „Qualifikations“-Merkmalen wird tendenziell aufgehoben, das ist für die notwendige Solidarität der Arbeiterklasse ein positiver Vorgang. Das kleinbürgerliche „Qualifikations“-Bewußtsein stellt dagegen häufig ein Hemmnis für

revolutionäres Klassenbewußtsein dar.

Lehren der Proletarischen Kulturrevolution

Wir müssen in diesem Zusammenhang auf die Große Proletarische Kulturrevolution in China zu sprechen kommen, die in diesem Punkte eine wichtige Klärung geschaffen hat. Während der Kulturrevolution fand in Chinas Fabriken nämlich ein Prozeß statt, den die Revisionisten in Moskau und anderswo inhaltlich (der Terminus fehlte ihnen noch) als „Entqualifizierung“ beschrieben haben: im Zuge der revolutionären Massenaktion „Kampf-Kritik-Umgestaltung“ wurden die „Qualifikations“-Hierarchien in den Betrieben völlig umgestürzt. Die Spezialisten mit besonders langer Ausbildung wurden von den einfachen Arbeitern gezwungen, die Karten offen auf den Tisch zu legen (d. h. man zwang sie einfach, ihre Zeichentische usw. in den Betriebshallen neben den Maschinen aufzubauen und ihre Papiere und Berechnungen öffentlich zu diskutieren). Sie wurden gezwungen, ihr „Spezialwissen“, ihre „Qualifikation“ also, den Arbeitern mitzuteilen, was meistens erstaunlich schnell ging. Kurz: es wurde „nivelliert“. Der Zweck dieser Revolution war nicht nur, alle Arbeiter wirklich zu qualifizieren, es ging auch darum, die falschen „Qualifikationen“ zu durchschauen und auf den Schrotthaufen zu werfen sowie das bürgerliche Bewußtsein vieler „qualifizierter“ Spezialisten rechtzeitig zu beseitigen.

Daß die Revisionisten diese Revolution hassen müssen wie die Pest, ist nicht verwunderlich: sie sind es ja gerade, die „Qualifikationen“ entwickelt haben und weiter entwickeln, um sich eine Arbeiteraristokratie heranzuzüchten, die als neues Kleinbürgertum ein Teil der neuen Bourgeoisie werden kann, auf die sich ihre Klassenherrschaft stützt.

Zwei Folgerungen müssen aus dem Gesagten gezogen werden:

● Der undifferenzierte Kampf gegen die „Entqualifizierung“ wäre opportunistisch und potentiell revisionistisch.

● Heißt das, daß Marxisten-Leninisten für Entqualifizierung sind? Natürlich nicht. Marxisten-Leninisten sind für eine richtig verstandene „Nivellierung“ der Arbeiterklasse und schließlich der ganzen Gesellschaft. Diese Nivellierung wird im Kapitalismus als Senkung auf das niedrigste Niveau durchgeführt. Das heißt Proletarisierung. In der gemeinsamen Erfahrung der Proletarisierung wächst das Klassenbewußtsein der Arbeiter. Aus ihr entspringt jene notwendige Solidarität, die ihr wichtigster Besitz ist. Die Arbeiterklasse muß also Kämpfe führen, die diese Solidarität stärken, nicht schwächen.

Im Falle der „Entqualifizierung“ heißt das folgendes: der Schlag muß erstens gegen Lohnsenkungen infolge Automatisierung geführt werden. Bei Herunterstufung von Kollegen muß solidarisch, gegebenenfalls durch Kampfmaßnahmen, der alte Lohn erzwungen werden. Wenn in diesem Kampf ein Erfolg erzielt werden konnte, muß daran anschließend eine Neuordnung der „Qualifikations“-Merkmale entsprechend dem erzielten Ergebnis im Einzelfall gefordert werden, wodurch eine Nivellierung nach oben in Gang gebracht werden kann. Wäre also z. B. ein Achsenscheifer durch Automatisierung um eine Lohngruppe heruntergestuft worden und hätten seine Kollegen den alten Lohn für ihn durchgesetzt, dann müßte man eine Revision der Punkte in der Art fordern, daß alle Kollegen der niedrigeren Lohngruppe entsprechend angehoben

würden, um den Gleichheitsgrundsatz zu bewahren.

Eine solche Strategie zielt gleichzeitig auf eine dialektische Verstärkung der Klassensolidarität: der „qualifizierte“ Arbeiter merkt, wie seine Lohnhöhe nur durch die Solidarität seiner „weniger qualifizierten“ Kollegen erhalten werden konnte. Er wird sich also gegen eine Nivellierung nach oben nicht stemmen. Gleichzeitig erfahren seine Kollegen, daß ihre Solidarität mit dem einzelnen „höher qualifizierten“ auch ihnen selbst nützen kann. Also nicht gegen „Entqualifizierung“ sollte sich der Kampf richten, sondern gegen Lohnsenkung und für objektiv gleiche Bewertung der Arbeitsplätze.

Zur „Entqualifizierung“ der Studienräte

Ein Wort noch zur Anwendung des Begriffs „Entqualifizierung“ auf die Probleme der technokratischen Hochschulreform. Hier ist der opportunistische Charakter des Begriffs noch klarer: im Zuge der technokratischen Reform findet bis zu einem gewissen Grade eine Proletarisierung der Studenten statt. Historisch ist auch das ein notwendiger und nicht rückgängig zu machender Prozeß, der tendenziell die Solidarität von Studenten und Arbeitern fördert. Die Studenten sind meistens der Herkunft nach und fast immer dem Bewußtsein nach Kleinbürger. Die Agitation gegen die „Entqualifizierung“ wird also bei ihnen besonders gut ankommen — sie ist bei ihnen aber auch besonders gefährlich. Denn hier geht es nun tatsächlich um eindeutig bürgerliche, ja zum Teil sogar vorbürgerliche, feudale „Qualifikationen“.

Die meisten „Qualifikationen“ z. B. in den sogenannten Geisteswissenschaften gehören schon seit langer Zeit in den Müllleimer der Geschichte; ein Revolutionär, der zu ihrer Verteidigung auch nur einen Finger rühren würde, würde sich vollständig disqualifizieren. — Also seid ihr für Fachhochschulen? wird man uns fragen. Nein, wir sind hartnäckig gegen Fachhochschulen, weil wir auch hier für eine Nivellierung nach oben eintreten. Jeder Student hat das Recht, am Wissenschaftsprozess teilzunehmen, was der ganzen Konzeption der Fachhochschulen völlig widerspricht. Statt Fachhochschulen (ein riesiger, teurer Apparat) ist vom Staat die Entwicklung einer Grundstufe zu fordern, die den Anfänger möglichst schnell in den Stand setzt, selbständig am Wissenschaftsprozess, und sei es auch nur in wenigen exemplarischen Fällen, teilzunehmen. Methoden sind zu entwickeln, mit denen man den Informationsvorsprung der „qualifizierten“ möglichst schnell aufholen kann. Das setzt die Ausmistung aller historisch überflüssigen „Qualifikationen“ (Prüfungsanforderungen!) voraus.

Alleinherrschaft der SPD?

Diese Analyse und Kritik ging ursprünglich vom Schluß der IAK-Broschüre aus, wo gefordert wird, „für eine sozialdemokratische Alleinregierung“ zu agitieren. Diese ultrarevisionistische Forderung, die konkret bedeuten würde, unter dem mittleren Bürgertum schwerpunktmäßig zu arbeiten, da nur dadurch das Ziel erreicht werden könnte (Bekehrung weiterer Bürger von der CDU zur SPD), schien uns zunächst in unbegreiflichem Widerspruch zur „Entqualifizierungs“-Analyse zu stehen. Wir glauben, hier den verborgenen Opportunismus und potentiellen Revisionismus der „Entqualifizierungs“-These genügend geklärt zu haben, um die Schlußfolgerung nun nicht mehr unlogisch zu finden.

— emel —

E1

DISCOTHEK

13. Februar 1970

STARGASTSPIEL

DOZY, BEAKY, MICK + TICH

DIE TOP BAND AUS ENGLAND

Eintritt DM 8,— (für Studenten DM 5,—)

Tischreservierungen erbeten!

Telefon 67206

Geöffnet von 19.00 bis 2.00 Uhr

WESTFALENBANK

IHRE BANK IN QUERENBURG

Zweigstelle

Ruhr-Universität

Lennerhofstr. 70

Tel.: 511315

Zweigstelle

Bochum-Querenburg

Overbergstr. 7

Tel.: 511012

Sie können Bankgeschäfte jeder Art in beiden Zweigstellen abwickeln. Ihre Studien- und Sozialgebühren können Sie kostenlos bei uns einzahlen. WESTFALENBANK Aktiengesellschaft Bochum Huestraße 21-25

Qualifikation für alle auf der Grundlage der radikalen Reduzierung der notwendigen Arbeitszeit zur Grundbedingung allen weiteren gesellschaftlichen Fortschritts. Eine Entqualifizierung der Arbeiter heute bedeutet also nichts anderes als Verschleuderung der Produktivkraft Mensch zugunsten der Erhaltung des kapitalistischen Ausbeutungssystems. Die Forderung nach wissenschaftlicher Ausbildung für alle ist eine Übergangsforderung, mit deren Erköpfung die mobilisierte Arbeiterklasse das kapitalistische System revolutionär überwindet. Indem die ML diese Funktion des Kampfes gegen die Entqualifizierung ablehnt, bleibt sie im resignierenden Reformismus stecken.

Der Klassenkampf bestimmt sich durch die objektiven Bedingungen, die uns das kapitalistische System aufzwingt. Deshalb muß man „diese versteinten Verhältnisse dadurch zum Tanzen zwingen, daß man ihnen ihre eigene Melodie vorsingt“.

In der Strategie der ML dagegen zeigt sich die andere Seite ihres Opportunismus: linksradikales Sektierertum. Die Sektierer „schlagen vor, man solle den alten“ Gewerkschaften den Rücken kehren, das heißt Millionen von Arbeitern — als ob die Massen nach Wunsch außerhalb der Bedingungen des wirklichen existierenden Klassenkampfes leben könnten! ... Die politische Hinfälligkeit des Sektierertums ergänzt nur wie ein Schatten die Hinfälligkeit des Opportunismus, ohne revolutionäre Perspektiven zu eröffnen.“ (Trotzki: Über-

gangsprogramm). Die Forderung der IAK an die Gewerkschaft ist im Rahmen einer Konfliktstrategie gegenüber dem bürokratischen Apparat zu verstehen: Auf der Grundlage der Mobilisation der Millionen gewerkschaftlich organisierten Arbeiter sollen die Gewerkschaften zu Instrumenten des revolutionären Klassenkampfes werden.

Ebenso wie die ML die Arbeiter dem bürokratischen Gewerkschaftsapparat überläßt, entwickelt sie keine Strategie, um die an der Sozialdemokratie orientierten Arbeitermassen aus deren Kontrolle zu befreien. Auch hier gilt es eine Konfliktstrategie zu entwickeln, die es den Arbeitern ermöglicht, im Kampf um ihre Klassenforderungen die SPD als besten Bündnispartner der Bourgeoisie zu entlarven. Auf diese Kampferfahrung gestützt erkennt das Proletariat die Notwendigkeit des Aufbaus einer revolutionären Partei. Die Gewerkschaften als Massenorganisation der Arbeiter gilt es zu erhalten, den revisionistischen Parteiapparat gilt es zu zerschlagen. Aufgabe der Revolutionäre ist es deshalb schon jetzt, durch die Formulierung der Klassenforderungen und der Mobilisierung der Arbeiter den Aufbau der revolutionären Partei systematisch in Angriff zu nehmen.

Der einheitliche Kampf der Jugend gegen den zentralen Angriff des Staates auf die gesamten Ausbildungsbedingungen ist der erste Schritt zum Aufbau einer revolutionären Jugendorganisation, die sich als Teil der revolutionären Partei versteht.

STELLUNGNAHME DER BSZ

Den Satz „Revolutionäre Jugendorganisationen und revolutionäre Partei sind integrale Bestandteile des revolutionären Kampfes des Weltproletariats unter dem Banner der IV. Internationale“, der zu nächst im Manuskript stand, getraute sich Uhde nicht, aufrechtzuhalten, um die Massen nicht abzuschrecken.

Um die Aussagen der G, J, S (Werner Uhde, Carla Boulboullé) ins rechte Licht zu rücken, seien hier einige Zitate aus der von ihnen so eifrig verteidigten Broschüre „Automation und Entqualifizierung“ angefügt:

„Die Lehrlinge müssen den Kampf für das Recht auf eine qualifizierte Berufsausbildung aufnehmen, wollen sie zukünftig nicht dem Heer der strukturell Arbeitslosen angehören.“

Dieser Kampf führt dann zum Sieg, wenn die Berufsausbildung dem Kapitalverwertungsprozeß entzogen wird, und die Gewerkschaften die Kontrolle über sie erhalten.

Nicht die Unternehmer und deren Staat sollen über die Ausbildung entscheiden, sondern die Lehrlinge selbst in den Betrieben und über die Gewerkschaften.

Kämpfen wir deshalb für die alleinige Kontrolle der Berufsaus-

bildung durch die Gewerkschaften!“ (S. 8/10)

Die Lehrlinge, die im Juni 1969 in Köln „ihre“ Gewerkschaften kennengelernt haben (vgl. BSZ Nr. 45), die Jungarbeiter, die im September 1969 die Taktik der Gewerkschaftsbürokraten erfuhren (vgl. BSZ Nr. 48), werden über diese revolutionäre Forderung gewiß in Verückung geraten!

Weiteres Zitat:

„Die Masse der Arbeiter und Angestellten vertraut nach wie vor der Sozialdemokratie. Deshalb lautet unsere Forderung nach einer Arbeiterregierung: Für eine sozialdemokratische Alleinregierung auf der Grundlage der Interessen der Arbeiter, Angestellten und der Jugend.“ (S. 22)

Diese wahrhaft revolutionäre Forderung wird gar noch gekrönt mit Karl Liebknechts Lösung „Die Jugend ist die Flamme der Revolution!“ (S. 23)

Unter Massenlinie verstehen diese Leute offenbar, der Masse hinterherzurrennen, wenn sie sich verirrt, statt sie darüber aufzuklären, wie sehr sie von ihren angeblichen Vertretern zum Narren gehalten wird. Darf man Herrn Uhde noch Jugendtorheit zubilligen?

Die Redaktion

Kampf der Entqualifizierung

Antwort der GJS auf - emel - (KPD/ML)

Simplifizierungen und Begriffsverwirrungen in der Ausgangsposition führen die ML in ihrem Angriff auf die IAK zu Widersprüchen, die auf einer Fehleinschätzung der gegenwärtigen Stufe des kapitalistischen Systems beruhen.

Um einer marxistischen Auseinandersetzung über die heutigen Produktionsverhältnisse und dem Stand des Klassenkampfes aus dem Weg zu gehen, klammern sie die theoretische Analyse der Automation auf der 1. Seite der IAK-Broschüre, die von einem GJS-Mitglied in dem letzten ASTA-Info zur Ausbildungspolitik weitergeführt wurde, aus ihrer Betrachtung aus.

Die Ausklammerung der Theorie eröffnet für die ML die Möglichkeit, die empirischen Feststellungen auf ihr Niveau herabzuziehen und eine „opportunistische“ und „ultrarevisionistische“ Strategie zu entdecken.

Entqualifizierung wird von der ML gleichgesetzt mit Herabstufung des Lohnes. Dagegen die Darstellung von Marx: „Die geistigen Potenzen der Produktion erweitern

ihren Maßstab auf der einen Seite (Maschinen, d. Verf.), weil sie auf vielen Seiten verschwinden (Arbeiter, d. Verf.). Was die Teilarbeiter verlieren, konzentriert sich ihnen gegenüber im Kapital ... Dieser Scheidungsprozeß ... vollendet sich in der großen Industrie, welche die Wissenschaft als selbständige Produktionspotenz von der Arbeit trennt und in den Dienst des Kapitals preßt.“ (Kapital I, 379).

Da die Qualifikation der Arbeiter abhängig ist vom Stand der Maschinen, wird sie objektiv von dem technischen Stand der Produktion und nicht subjektiv von der bürgerlichen Ideologie bestimmt.

Die Beschreibung der „Arbeiteraristokratie“ als Rest qualifizierter Handwerker ist falsch und verwirrend. Gemeint sind wohl die ausgebildeten Industriefacharbeiter, die keineswegs notwendig die Stützen der Bürokraten und Reformisten sind, sondern nach historischen Erfahrungen gerade die Avantgarde des revolutionären Proletariats waren.

Zu einem endgültigen Mißverständ-

hen des Marxismus führt die Definition des Begriffs „Proletarisierung“ durch die Lohnhöhe. Soll das heißen, daß Arbeiter mit relativ hohem Lohn keine Proletarier sind? Die Proletarisierung bezeichnet doch wohl eher den Zwang für weitere Bevölkerungsschichten, ihre Arbeitskraft zu verkaufen und sich damit dem Grundwiderspruch von Lohnarbeit und Kapital unterzuordnen. Zynismus ist es, den Abbau der proletarischen Errungenschaften als Bedingung für den Klassenkampf zu bejahen. Der Kampf beginnt um die Erhaltung und Erweiterung der Errungenschaften für alle Arbeiter und führt damit zu einer Verschärfung der Widersprüche.

Die ML beschränkt sich auf den rein ökonomischen Kampf, der an Widersprüchen des Systems vorbeigt und es darum nicht leisten kann, durch Verschärfung eben dieser Widersprüche die Produktivkräfte aus den Fesseln der Produktionsverhältnisse zu befreien. Hier rächt sich das undialektische und evolutionäre Denken der ML, das

Flugblatttext

„Kommilitonen, Kommilitonen, Sie wissen, daß ich zu denen gehöre, die seit einiger Zeit mit mehr oder weniger Geschick versuchen, Ihnen — und damit meine ich besonders die ganz jungen Semester — klar zu machen, daß Sie in Gefahr sind, sich von der Linken manipulieren zu lassen. Die Methode ist sehr einfach: Ihre weitgehend völlig berechnete Kritik an der Hochschulstruktur wird vor den Karren der Revolutionierung unseres 'Systems' überhaupt gespannt. Dazu kann man m. E. nur mit althinesischer Weisheit sagen „Folge nicht den Spuren eines umgestürzten Karrens!“

Mit anderen Worten: Wenn die Nicht-Linken (Links in dem oben angesprochenen Sinn) sich nicht formieren und **bewußt** werden, überlassen sie einer Handvoll gutgläubiger oder böswilliger Scharfmacher einer sozialistischen Utopie das Feld. Die Nicht-Linken sollten sich für die Arbeit im Institut und in der Gesellschaft auf den Boden unserer Parlamentarischen Demokratie stellen, so wie sie nach unseren westlichen Vorstellungen von Freiheit grundrechtlich verankert ist. Eine solche Formierung, zu der ich Sie aufrufe, bedeutet einerseits das ständige aktive Bemühen um Beseitigung von Mißständen innerhalb unseres Systems andererseits das harte Nein an die Adresse der Revolutionenmacher:

Toleranz muß für die „Freiheitlich“ Parlamentarisch Demokratischen“ da aufhören, wo es unverhohlen an die Substanz geht!

gez. Johannes Kehnen
gez. Peter Greiner“

✱

Anm. der Red.: Den hochbetagten Grimm-„Schützlingen“ sei gesagt: „An diesem Institut kann man kein Chinesisch lernen, sondern nur Chinesisch studieren.“ Ihr Mandarin wird ihnen ihren Kotau gewiß honorieren...

„Betr.: BSZ 56 „Die OAI-Mandarine und ihre Kulis“
Da ich das Vergnügen hatte, in Ihrem Artikel einige Male zitiert zu werden, und da ein großer Teil der dem Artikel zugrundeliegenden Erfahrungen offensichtlich in unmittelbarem Kontakt mit mir gemacht worden ist, erlaube ich mir, ein paar Bemerkungen anzufügen.
1. Ich stelle mit Genugtuung fest, daß die autoritären Auswüchse im OAI und die mangelnde Qualifikation

Die BSZ-Leser schreiben

tion der Profs, die Sie überaus anschaulich schildern und überzeugend belegen, noch nicht das ganze Institut korrupt haben. Wenn ich Sie recht verstanden habe, sind die Widersprüche in den China-Sektionen besonders evident und gravierend. Ich kann mir nicht vorstellen, daß Ihre Analyse akzidentell und partiell gewesen sein könnte oder gar nur dem subjektiven Bedürfnis der Kolportage nach Hypostasierung ihres individuellen Unbehagens entspringt.

2. Ich bin Ihnen dankbar, über die Ursachen und spezifischen Ausprägungen meines autoritären Verhaltens so eindrucksvoll aufgeklärt worden zu sein. Als Opfer der hinlänglich bekannten sinologischen „Blendung“ (Canetti), die nun endlich ihre sozio-ökonomische Deutung erfahren hat, hatte ich bisher nicht einmal erkannt, daß ich durch „gezielte, zusammenhanglose Faktologie“ „bewußte Desorientierung“ betriebe.

3. Da, wie Sie ganz richtig bemerken, die OAI-Profs über formale Zugeständnisse offensichtlich nicht hinauszugehen gedenken, möchte ich der Hoffnung Ausdruck geben, daß die mutigen Autoren und die mit der Materie vertrauten Informanten Ihres Artikels aus der Anonymität hervortreten, um endlich die unhaltbaren Zustände am OAI zu beseitigen und wahrhafte Wissenschaftlichkeit einkehren zu lassen.

OAI-Mandarin
Bodo Wiethoff“

✱

Anm. der Red.:
Zu 1.: Herrn Wiethoff ist zuzustimmen. Auch wir haben Herrn Hammitzsch (Japanologie) bereits aufs Korn genommen. Seine Selbstsicherungsmaßnahmen in Form von abgenötigten Loyalitätserklärungen seiner Kulis haben auch ihre Lächer. Z. B. trifft auf ihn, was schon Musset wußte, als er in die Reihen der Unsterblichen aufgenommen werden wollte: „Etre bien avec le chien, c'est presque être l'ami du maître“.

Zu 2.: Um Herrn Wiethoff einen Tip zu geben: seine Studenten möchten wohl lieber etwas über die Luftballon-Politik der Kuomin-

tang als über deren Luftverkehrs-politik erfahren, oder sollte Herr Wiethoff, als er in Quemoy Militärbasen der Kuomintang-Faschisten besichtigen durfte, dort nichts Informatives erfahren haben? Immerhin ist er doch nicht so vorbelastet wie der Reichsjugendführer für den Gau Großchina a. D. Hoffmann, oder?

Zu 3.: Wenn z. B. Herr Leimbigger erst aus dem — von Hoffmann betreten — Uni-Verzeichnis erfährt, was er im nächsten Semester zu lesen hat, so ist der arme Kerl ja auch völlig aufgeschmissen: woher so schnell die benötigte Literatur nehmen? (Im OAI ist ja das Wichtigste nicht vorhanden.) Immerhin könnte ein studentisches Seminar über die Kulturrevolution „wahre“ Wissenschaftlichkeit einkehren lassen“ (wobei man es sich schenken kann, Grimms Geschreibsel dazu heranzuziehen: man muß es Leuten wie Grimm begreiflich machen, daß sie bei ihren Studenten noch in die Schule zu gehen haben).

„Betr.: BSZ 56 / „Die OAI-Mandarine und ihre Kulis“
Gewiß ist die schwülstige „Selbstdarstellung“ des Ostasien-Instituts im Uni-Führer 68 eine Zumutung, gewiß sind manche der aufgezählten Mißstände nicht nur bedauerlich, sondern skandalös. Deshalb kann man nur hoffen, daß die Verantwortlichen durch den Artikel endlich aufgeschreckt werden und ihre Selbstgefälligkeit, „Unberührbarkeit“, Weltfremdheit sowie überholten Lehrmethoden und teilweise -stoffe ablegen! So weit — so gut bzw. schlecht...

Ansonsten muß man aber fragen: Was will der Verfasser eigentlich erreichen? Nach den mit nichts bewiesenen Behauptungen von „bewußt gestalteten Zerrbildern des modernen Ostasien“ kommt er über „historische Rückständigkeit“ sowie die fachliche Unkenntnis dieser Ostasien-Spezialisten“ (die sonst so angeprangerte Gänsefüßchen-Diffamierung lebt also weiter...) schließlich zur angeblichen „Hinwendung an die USA und die Chiang Kai-shek-Clique“. Um dieses „Ziel“ zu erreichen, mixt der



Die Redaktion antwortet

Verfasser Wahres mit Unwahrhem, Vermutungen mit Verdächtigungen, Naives mit gezielter Agitation.

Alle Beschuldigungen in dieser Hinsicht treffen natürlich zu — wenn für den Verfasser alles ein „bewußt gestaltetes Zerrbild“ ist, was nicht von vornherein auf der Peking Linie liegt, wenn für ihn „historische Rückständigkeit“ gleichbedeutend ist mit nicht automatischer Übernahme der Geschichtsdarstellung Pekings (manchmal ist die Post nicht so schnell wie die dortige Änderung der offiziellen Darstellung — wie z. B. im Fall Liu Shao-chi —, und der Band II der Neuen Geschichte Chinas von Fan Wön-lan ist bis heute noch nicht erschienen).

Die einseitige Ausrichtung bei Besuchen und Studienaufenthalten auf Taiwan ist so einfach zu erklären — doch anscheinend paßt diese Erklärung nicht ins Konzept. Studenten, „Lakaien“ und sicherlich die meisten „Profs“ wären dem Verfasser dankbar, wenn er einen Weg zeigen könnte, wie solche Reisen und Kontakte unverzüglich auf die Volksrepublik China ausgedehnt werden können! Viele wären dankbar, wenn er beihilflich sein könnte, einen Vertreter der Nachrichtenagentur „Neues China“ zu einem Vortrag oder einer Diskussion nach Bochum zu bekommen (Vor drei Wochen scheiterte der zweite Versuch in dieser Richtung an der strikten Ablehnung der Chinesen in Bonn). Schließlich würde sicherlich mehr zu Literatur aus der Volksrepublik gegriffen, wenn Peking sich in den letzten vier Jahren nicht fast ausschließlich auf die Verbreitung von Mao-Texten konzentriert hätte (im übrigen existiert im Institut sowohl die Peking Übersetzung der „Worte des Vorsitzenden Mao Tsetung“ als auch die neueste chinesische Sammelausgabe der „Ausgewählten Werke Maos“; die Belieferung mit der „Roten Fahne“ wurde einseitig von Peking beendet). Hat die amerikanische Sekundärliteratur unter diesen Umständen und in Zusammenschau mit chinesischen Veröffentlichungen nicht doch eine Berechtigung?

Die Aussage über das Seminar „Mao und die Deutschen“ von Prof. Weber-Schäfer läßt sich leicht widerlegen: Die Literatur-Liste mußte ausschließlich Bücher in westlichen Sprachen enthalten, da das Seminar zum geringsten Teil von Sinologen besucht war, sie enthielt jedoch neben Mao-Texten und dem „Vorschlag zur Generallinie der Internationalen Kommunistischen Bewegung“ das Hauptwerk von Liu Shao-chi, später wurden Lin Piao's Schrift, Chen Po-ta und der Briefwechsel zwischen dem ZK der KPdSU und dem ZK der KPCh hinzugenommen (und der Verfasser wird doch wohl nicht im Ernst behaupten wollen, Mao- und Lin Piao-Texte z. B. seien keine modernen chinesischen Quellen!). Im übrigen wartete man während des ganzen Semesters vergeblich auf wenigstens einen der in der BSZ und sonst an der Uni so rührigen KPD/ML-Anhänger.

Auch bezüglich der angeblichen Äußerung von Dr. Wegmann kann man nur sagen: Bevor man solche Absurditäten behauptet, sollte man sich besser informieren, am besten an den Veranstaltungen teilnehmen (Ich kenne nur ein China: Taiwan ist eben etwas anderes als „Für mich gibt es nur ein China: Taiwan“ — eben weil die VR noch keine Gelegenheit zum Kennenlernen bot... s. o.)

Es ist schade, daß all diese seltsamen und unangebrachten Vorwürfe leicht den Blick von den wirklichen Mißständen ablenken: Daß Studenten und Doktoranden wie dumme Kinder behandelt wer-

den, daß außer China und Japan kein anderes ostasiatisches Land intensiver historischer oder politologischer Erforschung unterzogen wird, daß bürokratische Hemmnisse fortschrittliche Konzeption aufhalten, daß in Sprachkursen pädagogisches Geschick fehlt, daß endlich angelaufene Versuche, einen modernen Sprachkurs durchzuführen, auf Widerstand stoßen — das sind einige der wirklichen Mißstände am Institut.

Alle anderen verschwommenen Angriffe zeigen zwar eine Richtung, aber keine Sachkenntnis. Die Attacken gegen die Diskussion des Einflusses des Buddhismus auf das japanische Leben, gegen die angeblich so falsch informierende Monopolpresse und die verderbliche China-Politik der Bundesregierung beweisen, daß der Verfasser weder von asiatischer noch von deutscher Wirklichkeit mehr weiß als seine Vorurteile. Ohne Untersuchungen, ohne Beschäftigung mit allen Aspekten kommt man vielleicht zu Polemik, nicht aber zu Beweisen. Dem Verfasser kann deshalb nur dringend angeraten werden, sich folgende Weisung des Vorsitzenden Mao Tse-tung (entnommen der „deutschen Übersetzung der Werke Maos aus China“, S. 271/2) zu Herzen zu nehmen:

... „Meine Feststellung „Wer eine Sache nicht untersucht hat, der hat kein Recht, mitzureden“ wurde zwar als „enger Empirismus“ verlacht; ich bedaure aber auch jetzt nicht, diese Feststellung gemacht zu haben. Mehr noch: Ich beharre fest darauf, daß jemand, der keine Untersuchungen anstellt, auch kein Mitspracherecht haben kann. Es gibt viele Leute, die „kaum daß sie aus dem Wagen gestiegen sind“, einen Riesenwirbel zu machen beginnen, überall ihre Meinungen zum besten geben, das eine kritisieren, das andere tadeln; solche Leute werden aber ausnahmslos Schiffbruch erleiden. Denn diese Meinungen und kritischen Äußerungen, die nicht auf gründlichen Untersuchungen beruhen, sind nichts als ein Geschwätz von Ignoranten...“

P. S.: Trotz der Länge des Leserbriefes bitte ich um vollständigen Abdruck, da er sich auf einen sehr langen Artikel bezieht, der in einer Reihe von Punkten der Berichterstattung bedarf — oder wollen Sie etwa wie die Monopol- und Kampfpresse verfahren?

✱

Anm. der Red.: Es ist bezeichnend, daß erst jetzt, nachdem wir auf die feudalen Zustände im OAI hingewiesen haben, jemand bereit ist, bestimmte skandalöse Mißstände offen einzugestehen. Die Mandarine werden Ihnen doch wohl jetzt nicht grollen, Herr Sommer, und wegen Ihres offenen Wortes eine Hetzjagd auf Sie veranstalten? Sie wären ja nicht der erste, der aus dem OAI hinausgeekelt wurde (wie z. B. Herr Münzel). Allerdings können Sie es sich mit Ihrer Kritik an unserem Artikel nicht so einfach machen, indem Sie angeblich falsche Punkte unseres Berichts mit tatsächlich falschen Informationen zu widerlegen versuchen. Tatsache ist nach wie vor, daß

● in Seminaren des OAI das Quellenmaterial nicht einmal sprachlich richtig bewältigt werden kann — von einer Anwendung der Texte kann schon überhaupt keine Rede sein;

● eine ganz einseitige Ausrichtung auf US-Sekundärliteratur betrieben wird und wichtige Sekundärliteratur, z. B. aus Frankreich und Japan, unterschlagen wird;

● die deutsche Ausgabe der Ausgewählten Werke Maos im OAI tatsächlich nicht vorhanden ist (wir haben uns davon nochmals überzeugt). Übrigens ist es überaus leicht, einen Weg aufzuzeigen, wie (Studien-)Reisen in die Volksrepublik China und wissenschaftliche Kontakte ermöglicht werden können: durch die diplomatische Anerkennung der VR China! Frankreich, die skandinavischen u. a. Länder haben solche Kontakte.

Ihre Studenten fahren zu Studiensemestern nach Peking und werden in den Heimatländern von qualifizierten Lehrern aus Peking in Chinesisch unterrichtet.

Wie viel wäre auch schon gewonnen, wenn die bundesrepublikanische, amerikagetreue Verteilung des modernen China aufhörte! Selbst Japan hat es erreicht, mit der VR China jährlich Hunderte von Wissenschaftlern auszutauschen.

Sollte Ihnen das entgangen sein, Herr Sommer, weil Sie ostasiatische Politologie bei Weber-Schäfer studieren (der immerhin zugab, daß der Artikel gut recherchiert war)? Es dürfte Ihnen doch auch bekannt sein, daß Einladungen an Vertreter der VR China — z. B. zu internationalen Kongressen — nur deshalb abgelehnt wurden, weil bei solchen Veranstaltungen auch immer ein gesteigerter Wert auf das Erscheinen der reaktionären Kuomintang-Vertreter gelegt wurde. Ist Ihnen nicht klar, Herr Sommer, daß z. B. das Erscheinen des Kultusministers von Taiwan am OAI die Atmosphäre für die Aufnahme solcher Beziehungen im entscheidenden Maße vergiftet hat? Glauben Sie denn im Ernst, Sie könnten es wie die von Mao verspotteten schwankenden Elemente machen, „die auf einer Wand reiten“ und sich nicht entscheiden können, auf welcher Seite sie ihren Fuß auf den Boden setzen? Gerade Sie könnten doch mithilfe, bestimmten Leuten die Augen zu öffnen und einsichtig zu machen, wie die Schwergewichte im heutigen Asien verteilt sind. Gerade in dieser Situation erweisen sich die Feudalverhältnisse am OAI als Anachronismus!

Sie selbst sind doch ein gebranntes Kind, Herr Sommer, oder haben Sie Ihren Brief vom 29. Januar ans Direktorium des OAI schon wieder vergessen?

„Betr.: BSZ Nr. 56, Artikel Schulstreik in NRW

In dem genannten Artikel prangern Sie Mißstände an den Schulen an und nennen als Beispiele: Leistungszwang, ... Prüfungsauslesen und faktische Arbeitsprinzip. — Sie vertreten also die Auffassung, daß ein erfolgreicher Unterricht ohne diese Mißstände möglich ist. Ich bezweifle das und wäre Ihnen für nähere Erläuterungen sowie für Literaturangaben zu gelungenen Experimenten dieser Art dankbar.

Ihr
Manfred Kaiser“

Anm. der Red.:
BSZ-Leser hat in dem zitierten Artikel zu Recht eine konkrete Andeutung unserer Vorstellungen von Leistung und faktischem Arbeitsprinzip vermisst. Nach sozialistischer Interpretation muß es zwar Leistung geben, die sich aber am Zweck orientieren muß. So ist es wichtig, zu unterscheiden, ob man für eine sozialistische Gesellschaft, also für die Interessen des gesamten Volkes oder für die ureigenen Interessen einiger weniger Kapitalisten Leistungen erbringt. Das faktische Arbeitsprinzip gilt bei uns zur Erstellung einer wirtschaftsnützlichen Elite, wobei — und das ist der Einwand gegen das Prinzip — die Politisierung und Bewußtwerdung der Menschen „vergessen“ wird. Als Lektüre empfiehlt die Redaktion, bei der Verlagsgesellschaft Trikont in München um edierte Flugschriften und Schriften der revolutionären Praxis zu bitten.

Korrektur: Im Artikel „O junge Burschenherrlichkeit...“ (Nr. 56) verlegten wir — es war wirklich nur ein Lesefehler (handgeschriebene Vorlage), keine Absicht — den Deutschen Bundestag von Landau nach London, wobei uns gleich noch, eine entsprechende Pressemeldung im Kopf, ein boshafter Kommentar einfiel. Wir erwarten nun empörte Leserschriften von Prager Burschen (aufrecht internationalistisch, nicht wahr?), um sie jenem Kommentar zuordnen zu können, jedoch vergebens. Ein Kommilitone, der einen PBAler dazu anregte, erhielt die Antwort: „Den würden die ja doch nicht abdrucken!“ Schade, wir waren voller Vorfreude.

Die Redaktion

Umverteilung

Der Arbeitnehmeranteil am Gesamtvermögen in der BRD sank von 1950, wo er noch 40,5% betrug, bis 1967 auf nur noch 23,9%. Die DM-Aufwertung der westdeutschen Monopole erwies sich als Abwertung für die Verbraucher aus Arbeiterklasse und Kleinbourgeoisie: Anfang dieses Jahres verbilligte man einige wenige Waren unter großem Geschrei, um die rasch zunehmende Preiswelle aus dem Blickfeld des Volkes zu bringen. 44 % aller Haushalte müssen noch heute mit weniger als 800 Mark monatlich auskommen.

Bochumer Studenten Zeitung

Herausgeber und Verleger: Vorstand der Studentenschaft an der Ruhr-Universität (C. Ebner, SHB; C. Holtgreve, HSU; S. Sippel, SDS; M. Starostik, SHB)
Redaktion: Klaus Dillmann, Norbert Olte, Jörg Reimann, Hamid Sadik Salaman.
Anschrift: 463 Bochum, Lennershofstraße 66 (Ruhr-Universität)
Auflage: 8000 Exemplare
Anzeigenleitung: BSZ-Redaktion
Druck: Schürmann & Klegges, 463 Bochum, Hans-Böckler-Straße 12-16
Mit Namen oder Pseudonym gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.
Alle Rechte beim Vorstand der Studentenschaft an der Ruhr-Universität, 463 Bochum, Lennershofstraße 66, Tel. 51 18 55 u. 399 2416.

FERNSEHEN '69

Öffentliche Vorführungen exemplarischer Sendungen der Fernsehanstalten in der Bundesrepublik täglich vom 23. Februar bis 4. März im Rathaus Marl

ZUM BEISPIEL

Das politische Nachtgebet Dienstag
Ein Beispiel für die gesellschaftliche Veränderung der Kirchen 24. Februar
von Thilo Schneider und Dietmar Ebert 10.45 Uhr
(Bayerischer Rundfunk)

Berliner Werkstatt Mittwoch
Graf, Baron und andere Gäste 25. Februar
Walter Jens präsentiert Fontane-Figuren 16.55 Uhr
(Sender Freies Berlin)

Samuel Beckett — Ein Porträt Mittwoch
von Jürgen Breest (Radio Bremen) 25. Februar
19.45 Uhr

Horror Samstag
Fernsehfilm von Peter Lilienthal 28. Februar
(Süddeutscher Rundfunk) 16.30 Uhr

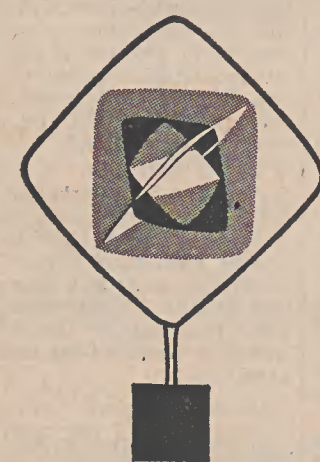
Camilo Torres — Rebelle des Kreuzes Sonntag
Eine kolumbianische Tragödie 1. März
aufgezeichnet von Ralph Giordano 15.15 Uhr
(Westdeutscher Rundfunk)

Rotmord Montag
Fernsehspiel von Tankred Dorst 2. März
u. Peter Zadek (Westdeutscher Rundfunk) 9.30 Uhr

Der heimliche Schrittmacher Dienstag
Bericht über die Ford-Stiftung 3. März
von Gunter Péus 12.05 Uhr
(Zweites Deutsches Fernsehen)

Das vollständige Wettbewerbsprogramm des 7. Adolf-Grimme-Preises erhalten Sie in der insel, 437 Marl, Eduard-Weitsch-Weg 25

Kostenlose Platzkarten vom 11. bis 21. Februar in der insel Marl
ab 23. Februar im Rathaus Marl



7. ADOLF-GRIMME-PREIS

Fernsehpreis des Deutschen Volkshochschul-Verbandes vom 23. Februar bis 6. März in Marl

Achtung! Gelegenheit!
KLAVIERE
hochwertige Markenfabrikate zu Einführungspreisen
Direktimporte aus Polen
Auskunft: PIANO ROMADU
Telefon: Bochum 4 50 18

Münzen- u. Briefmarkenfachhandel
RITTER
435 Recklinghausen, Martinstraße 11
gegenüber Hauptbahnhof
Telefon: 2 35 57
ANKAUF - VERKAUF - VERSAND

Genosse mit Kind für Wohngemeinschaft gesucht.
Tel.: 4 86 96 - Norbert Hermann

Kaufen Sie
Tabak · Zeitungen
Spirituosen
Lebensmittel
Brot + Backwaren
Trinkhalle Kotthoff
(Mensaparkplatz)
Im Ausschank:
Coca Cola, Sprite eiskalt

RUM and MAPLE
ORIGINAL-AMERIKANISCHER
Pfeifentabak WIRD IN
DEUTSCHLAND HERGESTELLT
DURCH ZOLLSPARIS NUM 2.50 DM
• Gratisprübchen - PLANTA - Berlin 68

Einladung zum kostenlosen Proberauchen!

Probieren Sie den zungenmilden Pfeifentabak! 6 Probchen gratis. Diesen Gutschein senden an:
EXCLUSIV-TOBACCO
83 Landshut, Postfach 568 a